Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Moltenbuhr, für den übrigen Teil Richard Matthes, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 133. Sonnabend, 9. Juni 1928. 3. Jahrgang.

Noch alles in der Schwebe.

Hindenburg soll die Deutschnationalen wieder retten.

Die Meldungen verschiedener Blätter, daß die Fühlungnahme zwischen den Parteien einer künftigen Regierungskoalition weit fortgeschritten und über wesentliche Punkte eine Einigung bereits erzielt worden ist, entsprechen, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Verhandlungen irgendwelcher Art haben bisher noch nicht stattgefunden. Sie stehen erst bevor.

Die Behauptung, daß der Parteiausschuß der Sozialdemokratie nur so reibungslos verlaufen wäre, weil es in eifrigen Vorverhandlungen gelungen sei, gewisse persönliche Meinungsverschiedenheiten auszuschalten, ist ebenfalls frei erfunden. Derartige Verhandlungen haben niemals stattgefunden.

Im übrigen hat der eindeutige Anspruch der Sozialdemokratie auf die Führung der Reichsregierung, auf die Deutschnationale Partei einen geradezu

niederschmetternden Eindruck

gemacht. Diese Partei sieht mehr und mehr ihre Felle fortschwimmen. Sie erkennt mit Recht, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung für sie nichts anderes bedeutet, als den Verlust von weiterem machtpolitischen Terrain. In dieser Situation

soll wieder der Reichspräsident helfen.

Noch ehe er den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen hat, beginnt die deutschnationale Presse mit einer Hetze, deren Zweck darauf hinauskauft,

eine Kluft zwischen dem Reichspräsidenten und der Sozialdemokratie

zu schaffen. Man erhofft auf diese Art für die Zukunft schwere Konflikte und als Folge den so sehnsüchtig erwarteten Kladderadatsch.

Die Sozialdemokratische Partei hat dem Reichspräsidenten im Gegensatz zu den Deutschnationalen immer sachlich und objektiv gegenübergestanden. Sie sieht in ihm den Repräsentanten des Reiches, dem Achtung und Ehre gebührt. Das war bisher so und wird so bleiben.

Von dem Reichspräsidenten ist zu erwarten, daß er nach wie vor in vollster Objektivität seines Amtes waltet. Insofern dürfte auch die neueste deutschnationale Hetze ihren Zweck verfehlen.

Breitscheid in Paris.

Seine angebliche Ansicht über die neue Regierungskoalition.

Paris, 8. Juni. (Eig. Funkmeld.) Das „Oeuvre" veröffentlicht heute ein Interview mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheidt, der sich seit einigen Tagen in Paris aufhält und der auch bereits eine Besprechung mit Poincare und Briand gehabt haben soll. Breitscheidt äußerte sich danach zuversichtlich über das Zustandekommen der großen Koalition. Als die wichtigsten Programmpunkte der neuen Reichsregierung bezeichnete Breitscheidt die strikte Anwendung des Achtstundentages, den Ausbau des Arbeiterschutzes, die Reform des Strafgesetzbuches und die Abschaffung der Todesstrafe, die Herabsetzung der Zolltarife und die Beschränkung der Ausgaben für die Reichswehr. Selbstverständlich werde die Locarnopolitik unverändert fortgesetzt werden. Aber auch mit Rußland werde man durchaus korrekte Beziehungen pflegen. Breitscheidt versicherte dann weiter, daß die Sozialdemokratie im neuen Kabinett mit 3 Ministern vertreten sein werde, darunter den Reichskanzler Müller, Innenminister Severing und Finanzminister Hilferding. Von den alten Ministern werden voraussichtlich Stresemann im Auswärtigen Amt, Curtius im Reichswirtschaftsministerium und General Groener im Reichswehrministerium beibehalten werden.

*

Wir möchten annehmen, daß die Aeußerungen Breitscheidts über kommende Dinge von dem französischen Blatte kaum richtig wiedergegeben sind. Die personellen Fragen sind überhaupt noch nicht gelöst. Dann ist die große Koalition durchaus noch nicht sicher. Und drittens ist kaum anzunehmen, daß eine eventuelle große Koalition sich all die Forderungen unserer Partei ohne weiteres zu eigen macht. Breitscheidt wird wohl gesagt haben, daß unter den obigen Bedingungen die Sozialdemokratie wahrscheinlich in die große Koalition eintreten würde.

Heute Preußenparlament.

Es bleibt beim alten Kurs.

Am heutigen Freitag nachmittag um 4 Uhr tritt als erstes das am 20. Mai neugewählte Parlament, der Preußische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tagung wird von dem 83jährigen Abg. Posadowski als Alterspräsident eröffnet werden. Anschließend erfolgt die Wahl des Landtagspräsidenten, der von der Sozialdemokratie als der stärksten Fraktion des Preußischen Landtages gestellt werden wird. Die Entscheidung über den Kandidaten der Sozialdemokratischen Fraktion fällt am Freitag vormittag in einer Fraktionssitzung. Nach der Wahl des Landtagspräsidenten vertagt sich das Plenum auf Sonnabend.

Am Sonnabend wird sich die preußische Regierung mit einer kurzen Erklärung dem Landtag vorstellen. Das Kabinett ist einstimmig der Auffassung, daß nach dem vorliegenden Wahlergebnis ein Anlaß zum Rücktritt nicht vorliegt.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, aus welchem Grunde die preußische Staatsregierung den Landtag so rasch berufen hat: Das preußische Kabinett hat beschlossen, unverändert, wie es vor den Wahlen bestand, vor den Landtag zu treten und ihm die Erklärung abzugeben, daß die preußische Politik die alte bleibt, und daß sie ihr Ziel weiter wie bisher in der Stärkung und Festigung der Republik, in der Demokratisierung der Verwaltung erblickt. Der Preußische Landtag kann dieses Programm billigen oder verwerfen Stimmt er ihm zu — und daran ist kein Zweifel, denn die drei Weimarer Parteien haben jetzt 228 Sitze statt 222 im alten Landtag, die neun Parteien der Opposition von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten hingegen 221 statt 226 Sitze im alten Landtag — dann bleibt das Kabinett Braun im Amt. Würde der neugewählte Landtag sich gegen die bisherige Politik wenden, so würde damit selbstverständlich auch die Regierung Braun stürzen.

Dem Wahlkampf um Preußen lag die klare Frage zugrunde: Soll das Kabinett Braun—Grzesinski weiter regieren oder nicht? Die Wähler haben diese Frage bejaht, und es hieße dem Volkswillen geradezu ins Gesicht schlagen, wenn die Preußenregierung jetzt zurücktreten wollte. Die geschlagene Reichsregierung muß demissionieren, ehe der neue Reichstag zusammenkommt; die siegreiche Preußenregierung muß bleiben, wenn der neue Landtag in Erscheinung tritt. Diese Regeln entsprechen beide in gleichem Maße den Gesetzen der Demokratie, der Vernunft, der Logik.

Die Hoffnungen der Volkspartei auf Preußen sind also zunächst nicht angebracht. Vor 3½ Jahren, Anfang 1925, ist sie ohne jede Not aus der damaligen Preußenregierung der Großen Koalition ausgesprungen. 3½ Jahre lang hat sie dann getobt und geschrien nach der rein bürgerlichen Regierung, nach der Regierungsteilnahme der Deutschnationalen, nach dem Ausschluß der Marxisten aus Preußens Staatsgewalt. Jetzt auf einmal befiehlt die Deutsche Volkspartei Wiederherstellung der Großen Koalition, und jetzt soll wiederum ohne jede Not die preußische Regierung parieren. Komisch, wie sich die Deutsche Volkspartei überschätzt, wenn sie noch immer glaubt, daß ihr Wille in Preußen das höchste Gesetz sein müsse.

Man kann es fast nur als schlechten Scherz betrachten, daß die Volkspartei immer, wenn es in Preußen nicht nach ihrem Kopf geht, über Verfassungsverletzungen klagt. Augenblicklich soll die preußische Verfassung durch die überstürzte Einberufung des Landtags verletzt worden sein, weil die Erklärungsfrist über die Annahme oder Ablehnung der Wahl durch die einzelnen Abgeordneten noch nicht abgelaufen sei. Die Volkspartei hat deshalb bei der preußischen Staatsregierung gegen die „verfassungswidrig frühe Einberufung des Landtages" telegraphisch und brieflich protestiert. Dabei haben sämtliche gewählten Volksparteiler längst ihr Mandat angenommen und sich die Freifahrtarte zustellen lassen. Von 449 gewählten Abgeordneten liegen bis jetzt nur von vier Abgeordneten keine Erklärungen vor. Darunter befinden sich zwei Kommunisten, die unauffindbar sind und denen der Landeswahlleiter die Aufforderung zur Annahme der Wahl garnicht zustellen kann. Wenn man also warten sollte, bis auch ihnen die Anfrage über Annahme oder Ablehnung der Wahl überreicht und ihre achttägige Erklärungsfrist abgelaufen ist, könnte der neugewählte Preußische Landtag am Ende in diesem Jahr überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Das die preußische Staatsregierung auf solche juristischen Mätzchen nicht hereinfällt, könnte auch die Deutsche Volkspartei in Preußen unter der genialen Führen der Herren Dr. v. Campe, Dr. Stendel und Heidenreich allmählich begriffen haben.

Es bleibt also dabei, daß der Preußische Landtag am Sonnabend eine Erklärung der preußischen Staatsregierung entgegennimmt. So ist das alte preußische Kabinett bzw. der alte preußische politische Kurs bestärkt und bestätigt, wenn im Reich die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beginnen. Das ist u. a. auch der Stein des Anstoßes für gewisse Kreise im Zentrum und der Demokraten, die vor Sehnsucht nach der Deutschen Volkspartei fast vergehen. Die Sozialdemokratie kann diesem Spiel ruhig zusehen. Wir haben im Kabinett Braun nur zwei sozialdemokratische gegen 6 bürgerliche Minister, während wir zur Mehrheit der Weimarer Koalition allein drei Fünftel der Stimmen stellen. Wenn daher gewisse Demokraten und Zentrumspolitiker Sehnsucht nach der großen Koalition haben, so werden sie damit im Ernstfall lediglich die drei demokratischen und drei Zentrumsminister umbringen; denn im gegebenen Falle wird die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Stärke die notwendigen Forderungen stellen. Die Fraktionsführer des Zentrums und der Demokraten sind darüber unterrichtet. Ihre Fraktionen dürften deshalb genau wie die Minister dieser Parteien dafür eintreten, daß der klar ausgesprochene Volkswillen vollstreckt und die bisherige Regierung unverändert im Amt gelassen wird, bis etwa neue politische Tatsachen sich ergeben. Niemand hält irgend eine bestimmte Form der Koalition für ein einig unantastbares Heiligtum. Niemand will

Poincares Regierungsprogramm.

Die Eröffnung des französischen Parlaments.

Paris, 7. Juni. (Eig. Drahtb.)

Die 14. Legislaturperiode der französischen Kammer nahm am Donnerstag mit der Verlesung der Regierungserklärung in Senat und Kammer ihren Anfang. Im Senat verlas der Justizminister Barthou die Erklärung, in der Kammer

Ministerpräsident Poincare.

Die Erklärung trägt in ihrer Gesamtheit einen ausgesprochenen nüchternen und sachlichen Charakter, indessen läßt sie an Deutlichkeit bezüglich der allgemeinen Vorstellungen Poincares wenig zu deuten übrig. Die Regierung denkt nicht daran, wirklich tiefgreifende Reformen vorzunehmen: sie beabsichtigt nur Verbesserungen im einzelnen.

Poincare hielt es für nötig, gleich am Anfang sein Verlangen nach geregelter Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung vorzubringen. Er wünscht, daß ihm die Kammer getreulich Folge leistet. Die einzelnen Abschnitte seiner Erklärung sind fast sämtlich von diesem autoritären Geiste erfüllt. Inbezug auf die Behandlung der Beamtenfrage bemerkte Poincare, es sei unzulässig, daß Beamte, die dem Staate gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen hätten, streiken oder auch nur durch ungeordnete Manifestationen ihre Stellung kompromittieren. Die mit Spannung erwarteten

Ausführungen über die Währungsfrage

enthielten zunächst einmal eine Mahnung an die Kammer, das Budget zu bewilligen und nicht sein Gleichgewicht zu zerstören. Wenn der Ministerpräsident von der baldigen unerschütterlichen Gesundheit sprach, die der französischen Währung zurückgegeben werden solle, so geschah dies in der beliebten Weise seiner Anwendung der Sanierung als Lockmittel. Erst sagte Poincare, er werde stabilisieren, wenn er eine ihm ergebene Mehrheit habe, dann erklärte er ungefähr, er werde stabilisieren, wenn die Kammer das Budget nach Wunsch der Regierung erledigt habe.

Die Reformen,

die von der Regierung ins Auge gefaßt worden sind, bewegen sich auf steuerpolitischen und „sozialen" Gebieten. Das Steuersystem soll elastischer gestaltet und den Bedürfnissen des Einzelnen mehr angepaßt werden. Die Regierung will bei dem Ausbau des neuen Zolltarifs und der in seiner Folge noch mit fremden Mächten sich anschließenden Zollabkommen stets die Interessen des französischen Außenhandels fördern. Sie will nach Kräften an der Hebung der französischen Produktion arbeiten. Was endlich die „sozialen Reformen" anbetrifft, so versteht die Regierung darunter, abgesehen von dem Gesetze über die Sozialversicherungen, dessen Vollendung nun endlich der neuen Kammer obliegen soll, vor allem die Beseitigung der Wohnungsnot sowie umfassende hygienische Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose usw.

Die außenpolitischen Ausführungen der Regierungserklärung enthalten ein allgemeines

Bekenntnis zum Frieden und zur Annäherung der Völker,

die angesichts der die Menschen einander näher bringenden Fortschritte der Technik notwendig sei, ohne das die Existenz der einzelnen Länder deswegen zu verneinen wäre. Die deutsch-französischen Beziehungen werden im besonderen nicht berührt, ebenso wenig wurde die Reparationsfrage erwähnt. In innenpolitischer Hinsicht gab der Ministerpräsident die von den Elsässern erbetene Erklärung über die Aufrechterhaltung der Schulgesetzgebung ab, und bekundete die Absicht der Regierung, die konfessionellen Schulen unbedingt aufrecht zu erhalten.

Die Regierungserklärung fand an einzelnen Stellen lebhaften, aber keinen einheitlichen Beifall. So begrüßte die Linke das Bekenntnis zur Laiengesetzgebung, die Rechte die gegen Revolution und Umsturz gerichteten Stellen. — Im Anschluß an die Erklärung fand eine lebhafte **Debatte über den Antrag auf Freilassung der kommunistischen Abgeordneten** statt. Die Diskussion wurde mit 427 gegen 169 Stimmen auf Freitag verschoben.

Nirgends Befriedigung.

Die Pariser Morgenpresse.

Paris, 8. Juni. (Eig. Funkmeld.) Das Echo, das die Regierungserklärung in der heutigen Presse findet, kann nicht als günstig bezeichnet werden. Die bürgerliche Presse mindet sich vor Verlegenheit und sucht ihr irgendeine gute Seite abzugewinnen, aber schon der „Matin" muß zugeben, daß sie zu lang und inhaltsleer gewesen sei und daß sie vor allem den Wunsch nach Klarheit in der Stabilisierungspolitik nicht befriedigt habe. Die Linkspresse entrüstet sich vor allem über das Schauekelspiel, das Poincare aufführte, indem er wechselweise bald der Rechten, bald der Linken einen Brocken zum Beifall hinwarf.

Nur der sozialistische „Populair" spricht heute deutlich aus, was unausgesprochen der Eindruck sozusagen aller Parteien ist:

„Es war ein Akrobatenstück sondergleichen,

was gestern Poincare aufführte. Er will nicht zu reaktionär erscheinen, deshalb klassifiziert er die Republik und die Demokratie. Die Rechte zeigte eisige Gesichter. Schnell wärmt er sie auf mit einer Attacke auf die Beamtenschaft, die er mit eiserner Faust zerschmettern will. Jetzt aber zeigt sich die Linke feindlich. Drum fügt Poincare schnell ein Versleim über die Loiengesetzgebung ein. Bevor die Linke fertig ist mit ihrem Beifall, erfreut er schon wieder die Rechte durch einen andeutungsreichen Satz über die Gewissensfreiheit. Man erwartete Klarheit und sah nur Nebel. Das Programm Poincares ist negativ und steril, langweilig und traurig, wie ein trüber Novembertag."

Im Lager der Rechten aber scheint man schon Morgenluft zu wittern und deshalb versucht das „Echo de Paris", den Ministerpräsidenten ganz für die Reaktion einzufangen. Die Kammer, noch unentschieden und schwankend, habe sich gestern in Poincare wiedergefunden. Poincare habe nur erscheinen zu brauchen. Er habe nur sich selbst zu wiederholen brauchen, um den vollen Beifall einer großen Mehrheit zu erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0001

dem preußischen Ministerpräsidenten verwehren, falls einmal die Zeit dazu gekommen ist, über eine Erweiterung der preußischen Regierungsbasis zu verhandeln. Aber einstweilen hat das Volk gesprochen und auch nach der Verfassung der Preußischen Republik geht immer noch die Staatsgewalt vom Volke aus.

Man muß sich im übrigen darüber wundern, daß die Presse der Volkspartei der Redensarten von der Notwendigkeit einer gleichgearteten Regierung in Reich und Preußen noch nicht müde geworden ist. Wo war die Rücksicht auf die Homogenität, als man der Weimarer Regierung in Preußen den Bürgerblock im Reiche an die Seite setzte! Wir können jedenfalls ruhig abwarten, ob man der Homogenität zuliebe z. B. in Bayern und in Württemberg d'e große Koalition als Regierung einrichtet. In diesem Falle wird Preußen diesem guten Beispiel wohl einmal folgen. Aber vorläufig hat es Preußen damit noch nicht eilig, zumal noch nicht im geringsten feststeht, ob die große Koalition im Reich überhaupt zustandekommt. Abgesehen davon ist die Volkspartei im Reich mit Stresemann schließlich noch etwas viel Erträglicheres als die Volkspartei in Preußen mit Campe.

Möglich, aber keineswegs sicher ist, daß vielleicht im Herbst die Frage der Erweiterung der preußischen Regierungsbasis akut wird. Einstweilen aber sitzt die Weimarer Koalition in Preußen fest im Sattel und zeigt nicht die mindeste Lust, unnütze Regierungskrisen zu entfesseln.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion,

die am Donnerstag vormittag zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, befaßte sich in einer längeren Debatte mit der gegenwärtigen politischen Lage. Die Fraktion war einmütig der Auffassung, daß die preußische Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung im Amte bleiben und die bisher betriebene Politik fortsetzen soll.

Die weitere Entwicklung.

Am Montag und Dienstag soll die Debatte über die Erklärung des preußischen Kabinetts vor sich gehen. Sie dürfte mit der Annahme eines positiven Vertrauensvotums für die Regierung Braun enden, das von den Koalitionsparteien eingebracht werden wird. Die Kommunisten haben wie bisher auch jetzt natürlich nichts anderes zu tun als gegen die mit verstärkter Autorität aus dem Wahlkampf hervorgegangene preußische Regierung unter Anwendung der schmutzigsten Mittel den Kampf fortzusetzen. Sie beabsichtigen zunächst ein Mißtrauensvotum einzubringen. Bei der Abstimmung werden sie sich wieder einmal in trauter Gemeinschaft mit den Deutschnationalen befinden.

Die Deutsche Volkspartei wird sich bei den Abstimmungen mit Rücksicht auf ihre Pläne im Reich und in Preußen voraussichtlich der Stimmen enthalten.

Städtetag in Köln.

Anläßlich der Internationalen Pressеausstellung hält der Vorstand des Deutschen Städtetages seine diesjährige Sommertagung am 8. Juni in Köln ab. Für die Tagung sind eine Reihe wichtiger Verhandlungsgegenstände in Aussicht genommen. Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen wird den Verhältnissen am Geld- und Kreditmarkt gewidmet sein. In diesem Zusammenhange wird sich der Vorstand eingehend mit der vom Städtetag erstmalig veranstalteten Vierteljahresstatistik über Schuldenstand und Steuereinnahmen der Städte befassen, deren Aufbereitung nahezu abgeschlossen ist. Die Ergebnisse gelangen demnächst zur Veröffentlichung.

Am 9. Juni tagt der Vorstand des Preußischen Städtetages in Köln. Im Mittelpunkt der Beratungen wird die Frage der Gebietsabgrenzung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im linksrheinischen Gebiet sowie die Frage der Auflösung der Gutsbezirke in ihrer Bedeutung für die städtebauliche und wohnungshygienische Entwicklung der Städte stehen.

Ablehnung der Frankfurter Messe.

Ein Kommunalkonflikt in Frankfurt am Main.

Frankfurt-Main, 8. Juni. (EF.) Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, durch den der Magistrat aufgefordert wird, die Vorbereitungen zur Herbstmesse sofort einzustellen und die Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft aufzulösen. Dieser Beschluß ist mit 42 Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten gegen die 40 Stimmen aller übrigen Parteien gefaßt worden, hat also eine nur sehr knappe Mehrheit gefunden. 24 Stunden vorher hatte der Magistrat beschlossen, unter allen Umständen die Herbstmesse durchzuführen.

Der sozialdemokratische Antrag geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß lediglich die Leipziger Messe ihre Bedeutung und Berechtigung hat. Fast alle übrigen Messeveranstaltungen, die nach dem Krieg wie Pilze aus der Erde schossen, haben aus dieser Tatsache schon die Konsequenzen gezogen und sich aufgelöst. Wenn nach den zahlreichen Fehlschlägen auch die Frankfurter Messe begraben wird, spart die Stadt dabei jedenfalls viel Geld.

Mysteriöse Waffenfunde.

In dem kleinen Ort Bockenem zwischen Hildesheim und Goslar sind bereits vor einiger Zeit erhebliche Waffenfunde gemacht worden. Im Zusammenhang mit umfangreichen Ermittlungen der Hannoverschen Polizeiorgane hat jetzt der Fabrikant Wenke jun. in Bockenem freiwillig 29 Gewehre, 18 Karabiner, 2 Maschinenpistolen und 20—25 000 Schuß Munition abgeliefert. In Schlewicke wurden bei dem Landwirt Klingemann 180 Gewehre, Modell 98, beschlagnahmt, die man in der Scheune versteckt hatte. In Bollersheim wurde bei dem Landwirt Wölters ein leichtes Maschinengewehr, ein Teil Eier- und Stil-Handgranaten, mehrere Kisten Maschinengewehrzubehörteile und 2 Kisten mit je 150 Schuß Munition beschlagnahmt.

Die Leute, bei denen die Waffen gefunden wurden, behaupten, wie bei den ersten Funden im Mühlenteich von Bockenem, sie hätten das Material 1922 von der Reichswehr zur Aufbewahrung bekommen.

Kein Kanalbau Dover-Calais.

London, 7. Juni. (Eig. Drahtb.) Der englische Ministerpräsident wurde im Unterhaus von einem Mitglied der Opposition gefragt, ob nicht die Zeit zu einer Wiederaufrollung der Frage des Kanalbaues zwischen Dover und Calais reif geworden sei. Baldwin verneinte die Frage und verwies auf die von der Regierung im Jahre 1924 abgegebene Erklärung. Der interpellierende Abgeordnete gab sich mit dieser Feststellung Baldwins nicht zufrieden und machte den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam, daß durch die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno und durch die bevorstehende Unterzeichnung des Kellogschen Friedenspaktes die damals geltend gemachten militärischen Bedenken hinfällig geworden seien. Der Ministerpräsident antwortete, daß die Bedenken der Regierung nicht lediglich militärischer Natur seien.

Das Urteil gegen die Barmathelden.

Dienstentlassung für Kußmann, für die anderen einen Verweis.

Der kleine Disziplinarsenat des Kammergerichts erkannte am Donnerstag in dem Verfahren gegen Kußmann und Genossen auf Dienstentlassung für Kußmann und einen Verweis gegen Caspary und Peltzer.

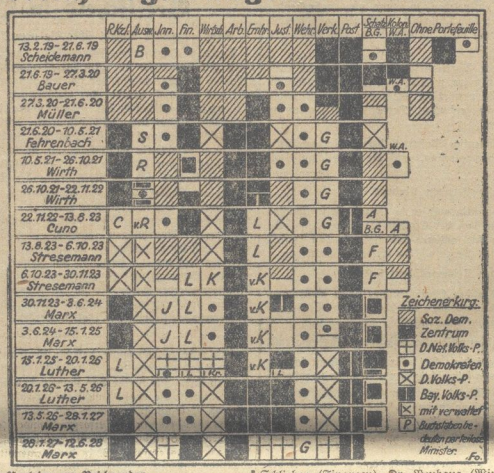
Am Donnerstag kamen zunächst die angeklagten Staatsanwälte zu Wort. Daß der Hauptmann Knoll, dem die Staatsanwälte im Barmatprozeß das Material zutrugen, keiner Partei angehört habe, wie die Angeklagten behaupten, ist schon deshalb nicht haltbar, weil der Wachmeister-Leopold-Klüngel, der hinter Knoll stand und seine Tätigkeit finanzierte, einen „Pressekampf gegen links" führte, im „Fridericus" und in der „Deutschen Zeitung". Nicht Knoll war der Hilfsarbeiter der Staatsanwaltschaft, sondern umgekehrt die Staatsanwälte waren seine Hilfsarbeiter, die Hilfsarbeiter politischer Giftmischer.

Charakteristisch für die Denkweise unserer Justiz ist die Haltung des Oberstaatsanwaltes gegenüber Kußmann. Ueber die dienstlichen Verfehlungen dieses früher einmal jüdischen Stahlhelm- und Wermolfheiden geht er auffallend flüchtig hinweg, um desto ausführlicher seine privaten Verfehlungen zu brandmarken. Selbst die Tatsache, daß er dem Rechtsanwalt Müller in Plauen seine Unterstützung im Verleumdungsfeldzug gegen Stresemann und dem Schlichting Geld angeboten hat für Materialbeschaffung gegen Severing, scheint viel unwichtiger zu sein als das skandalöse Verhalten gegen das Ehepaar Weiler — jene Schmutzgeschichte, die im Preußischen Landtag dem Kußmann den Namen „Zuhälter" eingetragen hat. Hauptsächlich aus diesem Grunde wird Dienstentlassung beantragt.

Der Vorsitzende, Senatspräsident Preiser, hebt mit triumphierender Schärfe die „Grundlosigkeit" des größten Teils der Pressеangriffe gegen „drei tüchtige junge Beamte" hervor. Er verkündigt mit erhobener Stimme, daß „von politischen Beweggründen der Beamten im Verfahren Barmat-Kutisker keine Rede sein könne." Was übrig bleibt, sind lediglich ein paar vaterländische Vorwürfe, eingewickelt in verständnisvolle Milderungsgründe. Selbst das Angebot der Unterstützung dem Rechtsanwalt Müller-Plauen gegenüber wird entschuldigt als Ausfluß „rein menschlichen Mitgefühls". Allerdings wird Kußmann, der „die Hand an der Gurgel der Korruption" gehabt haben will, als ganz haltloser Mensch hingestellt, der gar kein Gefühl habe für die schwere immoralische Handlung. Das Urteil lautet auf Verweis gegen Caspary und Peltzer, gegen Kußmann auf Dienstentlassung; alle drei haben sich in die Kosten des Verfahrens zu teilen.

Ein Urteil „im Namen des Volkes". Aber dieses Volk wird für ein solches Urteil und seine Begründung wenig Verständnis aufbringen können.

Die 15 Reichsregierungen von 1919 bis 1928.



Die Parteien am Reichsruder.

Deutschland steht vor der Bildung der sechzehnten Reichsregierung der Republik. Unsere Zusammenstellung zeigt die Beteiligung der Parteien an den bisherigen fünfzehn Kabinetten.

Die Sozialdemokratie war in sieben Reichsregierungen vertreten, hat dreimal den Kanzler (Scheidemann, Gustav Bauer und Hermann Müller-Franken) und folgende Minister gestellt: Müller-Franken und Dr. Köster im Auswärtigen Amte, Dr. David, Dr. Cradnauer und Dr. Köster (Inn.), Dr. Hilferding (Fin.), Wissell und Robert Schmidt (Wirtsch.), Gustav Bauer und Schlicke (Arbeit), Robert Schmidt (Ernährung), Dr. Landsberg und Prof. Radbruch (Justiz), Noske (Reichswehr), Robert Schmidt (Wiederaufbau) und Gustav Bauer (Reichsschatz).

Das Zentrum hat alle bisherigen Reichsregierungen unterstützt und siebenmal den Reichskanzler gestellt (Fehrenbach, zweimal Dr. Wirth und viermal Dr. Marx). Als Zentrumsminister haben gewirkt: Erzberger, Dr. Wirth, Dr. Hermes und Dr. Köhler (Finanzen), Dr. Brauns (Arbeit), Dr. Hermes, Müller-Bonn und Dr. Haßlinde (Ernährung), Dr. Frenken und Dr. Marx (Justiz), Dr. Bell (Verkehr), Giesberts und Dr. Höfle (Post), Dr. Mayer-Kaufbeuren (Schatz), Dr. Frenken (besetzte Gebiete) und Erzberger (ohne Portefeuille von seiner Ernennung zum Finanzminister).

Die Deutschnationale Volkspartei trat 1925 zum ersten Male in die Regierung und war in den Kabinetten Luther I und Marx IV durch Schiele und Dr. v. Keudell (Inneres), von Schlieben (Finanzen), Dr. Neuhaus (Wirtsch.), Schiele (Ernähr.), Dr. Hergt (Justiz) und Dr. Wilhelm Koch (Verkehr) vertreten.

In vierzehn Kabinetten saßen die Demokraten. Ihre Minister waren: Dr. Rathenau (im Auswärtigen Amt), Prof. Preuß, Koch-Weser, Oeser und Dr. Kütz (Inneres), Schiffer, Dr. Dernburg und Dr. Reinhold (Finanzen), Dr. Hamm (Wirtsch.), Dr. Schiffer und Dr. Blunck (Justiz), Dr. Geßler (Reichswehr), Oeser (Verkehr), Gothein (Reichsschatz), Dr. Geßler und Dr. Rathenau (Wiederaufbau).

Die Deutsche Volkspartei ist seit 1923 in jeder Regierung vertreten, hat zweimal den Kanzler gestellt (Dr. Stresemann), achtmal den Außenminister (Dr. Stresemann), außerdem die Minister v. Raumer und Curtius (Wirtsch.) und Dr. Krohne (Verkehr).

Die Bayerische Volkspartei nahm an sieben Regierungen teil. Minister waren Prof. Fehr (Ernährung), Dr. Emminger (Justiz), Stingl und Dr. Schätzl (Post).

Drei Reichskanzler haben sich öffentlich zu keiner Partei bekannt (Dr. Cuno (C) und zweimal Dr. Luther (L), ferner die Minister Graf v. Brockdorff-Rantzau (B), Dr. Siemens (S), Dr. Rosen (R) und v. Rosenberg v. R. (Aeußeres), Dr. Jarres (J) (Inneres), Dr. Luther (L) (Ernährung und Finanzen), Dr. Koch (K) (Wirtschaft), Graf v. Kanitz (v. K.) (Ernährung), Groener (G) (Verkehr), Fuchs (F) (besetzte Gebiete) und Dr. Geßler (G) (Reichswehr, nach seinem Austritt aus der Demokratischen Partei).

Ein senkrechter Strich im Quadrat bedeutet Mitverwaltung.

Max Schippel gestorben.

Max Schippel ist im Alter von 68 Jahren an den Folgen einer Operation gestorben. Er war einer der Intellektuellen, die unter dem Sozialistengesetz zur Sozialdemokratie gekommen sind. Er hat in Leipzig Staatswissenschaft und Nationalökonomie studiert und war einer der begabtesten Schüler des Staatssozialisten Rodbertus, der sich bemühte, ihn für die akademische Laufbahn zu gewinnen. Schippel war nicht dazu zu bestimmen. Die Arbeit in der von Polizei und Justiz verfolgten sozialistischen Bewegung war ihm wichtiger als ein akademischer Lehrstuhl, und so ging er 1886 als politischer Redakteur an das „Berliner Volksblatt" und gründete 1887 die „Berliner Volkstribüne".

Der Beginn seiner Tätigkeit fällt in die letzten Jahre des Sozialistengesetzes. Schon lange stand fest, daß die Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz prächtig gedieh, und als es fiel, da regte sich die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in einer Weise, wie das ihre Gegner nie geahnt hatten. Im Reichstag war der stärker gewordenen Partei die Bahn zur positiven Arbeit freigemacht worden. Aber die Jugend blickte mit Mißtrauen auf die praktische Mitarbeit der Sozialdemokratie in einem Parlament, das vor einem Dutzend Jahren das Sozialistengesetz beschlossen hatte. Eben noch 12 Jahre verfolgt, jetzt am parlamentarischen Verhandlungstisch — das begriff ein großer Teil der jungen Generation nicht. Vor allem begriff er das nicht in Berlin, wo Schippel das Sturmbanner der Rebellion gegen die „Fraktionellen" erhob, und wo sich um ihn ein ganzer Kreis von Literaten der jungen Generation und viele Arbeiter scharten, von denen mancher noch heute im Vordertreffen der sozialdemokratischen Bewegung steht.

1890 wurde Schippel in Chemnitz in den Reichstag gewählt. 1905 verzichtete er auf jede weitere parlamentarische Tätigkeit, trat aus dem Reichstag aus, und wurde bald darauf Sekretär der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften, dem jetzigen ADGB. Nach der Revolution trat Schippel an die Spitze der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft und übernahm schließlich eine Professur der Nationalökonomie und der Staatswissenschaft in Dresden.

Um die Jahrhundertwende, als er im Mittelpunkt der handelspolitischen Auseinandersetzungen stand, hat er mehrere bedeutende Schriften verfaßt, die in manchen Teilen von der Tagespolitik der Sozialdemokratie abwichen. Bis in die letzten Jahre hinein war Schippel Mitarbeiter der „Sozialistische Monatshefte".

Die Wissenschaft verliert in ihm einen unermüdlichen Forscher und aufrechten Bekenner, den die Sozialdemokratie mit Stolz zu ihren unerschrockenen Vor[illegible]n zählen darf.

Genf.

Das Begräbnis der St. Gotthard-Affäre.

Genf, 7. Juni. (Eig. Drahtb.) Mit zwei Resolutionen beerdigte der Völkerbundsrat am Donnerstag die St. Gotthard-Angelegenheit und die mit ihr aufgetauchten Bestrebungen auf eine Knebelung der besiegten Staaten. Die erste Resolution spricht Ungarn die Mißbilligung des Rates aus, weil es die St. Gotthard-Angelegenheit einzig und allein nach den geltenden Eisenbahnregeln, ohne sich um die Bestimmung des Kriegsmaterials zu kümmern, erledigt habe und die zweite bringt zum Ausdruck, daß so etwas nicht wieder vorkommen möge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0002

Guerillakrieg in Mexiko.

Mexiko-City, 7. Juni. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag überfielen Rebellen einen Eisenbahnzug bei Montelongo. Die herbeigerufenen Bundestruppen schlugen die Rebellen in die Flucht. Der Rebellenführer und 35 Mann wurden getötet. Die Verluste des Bundesmilitärs waren unbedeutend.

Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Donnerstag einen Bericht über die am Tage zuvor abgehaltene Sitzung des Vorstandes der Volkspartei entgegen. Daran schloß sich eine Aussprache, die am Freitag fortgesetzt werden soll.

Die Fraktionsstärke der Deutschnationalen erhöht sich auf 78 Mitglieder. Die auf der Liste des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes gewählten drei Abgeordneten und die auf der Liste des Sächsischen Landvolkes gewählten zwei Abgeordneten haben sich der deutschnationalen Reichstagsfraktion angeschlossen.

Der Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn ist für Sonnabend einberufen worden. Er wird sich in erster Linie mit der Ablehnung der von der Reichsbahn geforderten Tariferhöhung zu beschäftigen haben, die am Dienstag durch die Reichsregierung erfolgt ist.

Im Oldenburgischen Landtag besteht für die gegenwärtige Regierung des Präsidenten von Finkh keine aktionsfähige Mehrheit mehr. Trotzdem sind Bestrebungen im Gange, ihren Rücktritt zu verhindern.

Luxemburg hat alle 25 Uebereinkommen ratifiziert, die bisher von den Internationalen Arbeitskonferenzen aufgestellt wurden. Es nimmt infolgedessen auf die Zahl der Ratifikationen nun die erste Stelle unter allen Staaten ein.

Kleine Chronik.

„Der Sendbote der Versöhnung."

Der „Eiserne Gustav" ist in Paris eingezogen. Er ist „wie ein Fürst" empfangen worden. Er hat seinen Wagen durch ein Spalier begeisterter Pariser zwängen müssen. Abgesandte der Pariser Studentenschaft haben ihn begrüßt. Legationsrat Clodius, ferner der Direktor des „Paris Midi", sodann der zur Zeit in Paris weilende Chefredakteur der „B. Z." haben auf sein Wohl getrunken und ihm freundliche Worte gesagt. Ein Mann hat sich an den Wagen gedrängt und laut gerufen „Es lebe Deutschland, das sage ich als französischer Soldat". — — Er hat also offenbar angesichts des wackeren Berliner Droschkenkutschers sein politisches Damastus erlebt. Festbankette sind vorgesehen. Die deutsche Botschaft, die angloamerikanische Presse geben ein Essen . . . Da muß man schon sagen, daß die Sache mit dem Völkerfrieden flutscht. Das meist gelesene Blatt Deutschlands, die „Berliner Morgenpost" spricht es denn auch in einem sich über sechs Spalten erstreckenden und auf der Kopfseite beginnenden Artikel furchtlos aus: Gustav Hartmann aus Berlin-Wannsee, der Berliner Fuhrherr, der innerhalb zweier Monate mit seinem Gaul Grasmus die Strecke Berlin—Paris bewältigte, ist nichts mehr und nichts weniger als ein „Sendbote der Versöhnung" . . . . Ja, es geht uns famos. Wohin man spuckt, machen wir moralische Eroberungen. Köhl und Hünefeld haben uns Amerika zu Füßen geworfen; auf der Amsterdamer Olympiade haben wir uns durch Kalb (Süddeutschland) und Hofmann (Meerane), die Führer unserer Fußballelf (auch wenn sie wegen unmanierlicher Holzerei aus dem Spielfeld verwiesen werden mußten), mit der Welt verständigt, und nun reichen wir dem „Erbfeind" jenseits des Rheines gar durch den Eisernen Gustav endgültig die Bruderhand.

Kein Zweifel, daß der neunundsechzigjährige Gustav Hartmann aus Wannsee ein liebenswerter Greis ist, ein schlichter und wertvoller Mann des Volkes. Kein Zweifel, daß es eine lustige Idee war, am Ende eines, von der Romantik eines absterbenden Gewerbes umwitterten Berufslebens, gen Westen zu kutschieren und sich mal ein bißchen in Paris umzugucken. Aber was ist das bloß für ein Unfug, die Anmut eines Greises durch säuerliche Pathetik zu vernichten! Deputierte, Botschafter, Verlagsdirektoren, Chefredakteure . . . . Lieber Gustav Hartmann: Du hast ein Leben lang treue Arbeit geleistet. Es hat kein Hahn nach Dir gekräht, so wenig, wie sich um Deine Arbeitskollegen daheim jemand kümmert, die, zu alt, um noch umzulernen, in hoffnungsloser Konkurrenz gegen die Autos vertümmern. Jetzt reden sie Dir ein Loch in den Bauch und tun furchtbar leutselig und meinen in Wahrheit gar nicht Dich, sondern ihren eigenen Rummel, den sie inszeniert haben, und deren zufälliges Werkzeug Du bist. O ja, es gibt Sendboten der Versöhnung, aber sie gehören nicht jener champagnertrinkenden Internationale der Festessen an, in die Du feierlich aufgenommen worden bist, sondern jener anderen Internationale der Arbeit. Insofern Du freilich auch deren Mitglied bist, bist Du in Wahrheit ein Völkerversöhner, und es hätte nicht einmal Deiner, nebenbei bemerkt: im Zeitalter der Transozeanflüge nicht allzu epochemachenden, Fahrt nach Paris bedurft, um das zu bekräftigen.

Hans Bauer.

Eine anerkannte Negersprache. Das englische Parlament hat die am meisten gesprochene südafrikanische Negermundart als eine dem Englischen ebenbürtige Verkehrs- und Umgangssprache nach einer mit oft drakonischen Mitteln betriebenen jahrelangen Intoleranz endlich anerkannt. Eine Bibel in der Negersprache ist jetzt erschienen.

Neues Erdbeben in Korinth. Korinth und Umgegend sind von einem neuen heftigen Erdstoß heimgesucht worden. Eine Anzahl von Häusern, die schon bei dem Erdbeben im April beschädigt worden waren, sind eingestürzt. Der Einwohner hat sich eine Panik bemächtigt.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nähe der Bahnstation Mergellina (Italien). Infolge falscher Weichenstellung geriet ein Zug gleich nach dem Verlassen der Station auf ein totes Gleis und fuhr gegen eine Mauer. Die Lokomotive wurde zertrümmert. 19 Personen sind schwer verletzt worden.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Friedrich Bartels wieder Landtagspräsident.

Berlin, 8. Juni. (EF.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschloß heute früh, dem nachmittag zusammentretenden Plenum den bisherigen Präsidenten Friedrich Bartels zur Wiederwahl in Vorschlag zu bringen.

Minen-Explosions-Unglück bei der Marine.

Kiel, 8. Juni. (EF.) Am Donnerstag abend explodierte bei einer Uebung eines Sperrversuchskommandos der Marine im Seegebiet östlich Schleimünde aus unbekannten Gründen ein Minenlager. Durch die Explosion wurden 6 Soldaten getötet und 4 Personen schwer verwundet.

Tumult im Thüringer Landtag.

Weimar, 8. Juni (EF.) Im Thüringer Landtag ist es zu tumultartigen Auftritten gekommen. Während der Debatte über die geschäftsordnungsmäßige Aufgabe des Präsidiums warf der Kommunist Tenner dem Vizepräsidenten von Thümmel vom Landbund vor, bei früheren Abstimmungen unrichtig gezählt und Mangel an Wahrheitsliebe gezeigt zu haben. Es folgte ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Vizepräsidenten und mehreren kommunistischen Abgeordneten. Als die Kommunisten den Vizepräsidenten wieder mit Beschimpfungen überschütteten, schloß der Präsident nacheinander die kommunistischen Abgeordneten Engert, Fischer und Tenner aus der Sitzung aus. Ein dann gestellter Antrag des Kommunisten Schulze-Gera, daß der Aeltestenrat sofort zu dem Ausschluß seiner Fraktionsfreunde Stellung nehmen sollte, weil diese als Sachberater für die schwebenden Geschäftsordnungsfragen nicht zu entbehren seien, wurde gegen die Stimmen der beiden Linksparteien abgelehnt.

Urteil im Straßburger Spionageprozeß.

Straßburg, 8. Juni (EF.) Im Straßburger Spionageprozeß gegen Baumann, Köhler und den geflüchteten Cäsar Ley ist das Urteil gefällt worden. Baumann und Köhler, die eben erst in Kolmar freigesprochen sind, wurden zu je 8 Monaten Gefängnis und je 300 Frank Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Auch erhalten sie ein Aufenthaltsverbot für die gleiche Zeitdauer. Cäsar Ley, dem die bürgerlichen Ehrenrechte bereits früher aberkannt wurden, ist zu 5 Jahren Gefängnis und zu 5000 Frank Geldstrafe sowie zu einem Aufenthaltsverbot von 10 Jahren verurteilt worden. Nach der Verkündung des Urteils riefen Baumann und Köhler aus: „Man hat uns verurteilt, aber wir sind unschuldig."

Neue Militärverschwörung in Portugal.

Lissabon, 8. Juni. (EF.) Die Lissabonner Polizei berichtet über eine neue Verschwörung gegen die gegenwärtige Regierung, die besonders unter dem Militär und der Marine Anhänger hat. Im Zusamenhang damit sind im Hause eines gegenwärtig in Paris weilenden Verschwörers, der die Verbindung mit dem revolutionären Zentralkomitee in Paris aufrecht erhalten soll, mehrere Offiziere, die vornehmlich der Marine angehören, verhaftet worden.

Polnisch-rumänisches Militär-Bündnis.

Warschau, 8. Juni. (EF.) In Warschau finden Beratungen des polnischen Generalstabes mit rumänischen Offizieren statt, die im Zusammenhang mit dem Abschluß eines neuen Militärvertrages zwischen Polen und Rumänien stehen.

Zur Lage in China.

London, 8. Juni. (EF.) Jenhsischan lehnt es ab, persönlich in Peking einzuziehen und vermeidet damit den offenen Konflikt mit Feng, dessen Absichten auf Tientsin um so intensiver sind, als die Japaner Tsingtau und die Schantung-Bahn als Kompensationsobjekte für die kommenden Verhandlungen fest in der Hand behalten werden.

Tschangtsolin doch tot?

London, 8. Juni. (EF.) Wie aus Schanghai berichtet wird, wird in chinesischen Kreisen trotz aller Dementis angenommen, daß Tschangtsolin nicht mehr lebt. Offiziell ist nichts Bestimmtes zu erfahren.

Neuer chinesischer Außenminister.

London, 8. Juni. (EF.) Zum Außenminister der chinesischen National-Regierung ist C. Wang, ein hervorragender chinesischer Diplomat und Staatsmann, ernannt worden, der seiner Zeit den Versailler Frieden mit China verhindert hat.

Wirbelsturmkatastrophe in Amerika.

Im südlichen Alabama, in Mississippi und Louisiana sind in weiten Distrikten durch furchtbare Wirbelstürme, die mit schweren Wolkenbrüchen verbunden waren, große Verheerungen angerichtet worden. Nach den bisherigen Feststellungen haben sechs Personen den Tod gefunden; die Zahl der Verletzten wird auf über hundert geschätzt. Die größten Verwüstungen sind in Alabama angerichtet worden; Hunderte von Menschen sind obdachlos, die gesamte Ernte ist zerstört, ganze Wälder sind vernichtet. Auch in Georgia sind mehrere Wirbelstürme aufgetreten, durch die zahlreiche Bäume beschädigt, Bäume ausgerissen und Telefon- und Telegrafenlinien unterbrochen wurden.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Donnerstag vormittag kurz nach 11 Uhr in einer Schlächterei in der Elisabethstraße in Berlin-Lichterfelde. Aus bisher unbekannter Ursache flog dort eine im Keller aufgestellte Kältemaschine in die Luft. Durch die Wucht der Explosion wurde in dem Boden des Verkaufsladens ein Loch von drei Meter Durchmesser gerissen, die hochfliegenden Steine zertrümmerten zum Teil auch die Decke des Ladens. Drei im Laden anwesende Frauen erlitten leichtere Verletzungen und Schnittwunden; die Frau des Schlächtermeisters und ein Geselle, der während des Unglücks im Keller arbeitete, wurden schwer verletzt. Man neigt zu der Annahme, daß die Explosion auf eine Ueberhetzung des Kessels zurückzuführen ist.

Schwere Fleischvergiftungen sind in Spandau-Haselhorst bei Berlin festgestellt worden. Nach dem Genuß von rohem Schabefleisch erkrankten 12 Familien unter heftigen Vergiftungserscheinungen. 26 Personen befinden sich im Krankenhaus. Die Erkrankungen sind ernst, es besteht jedoch für die Patienten keine Lebensgefahr. Der Fleischerladen, aus dem das vergiftete Fleisch stammt, ist geschlossen worden. Die Untersuchung durch die Gesundheitspolizei ist noch im Gange.

Straßen aus Gummi. In London wurde mit einem Kapital von 105 000 Pfund Sterling die „Universal Rubber Pavions Ltd." gegründet. Die Gesellschaft will sich mit der Herstellung von Straßenpflaster aus Gummi befassen. Vor allem sollen Brücken sowie solche Straßen, die in unmittelbarer Nähe wertvoller Gebäulichkeiten liegen, dieses neue Pflaster erhalten, da man sich davon eine außerordentliche Verminderung von Bauschäden verspricht. Eine seit zwei Jahren bestehende Versuchsstraße soll recht zufriedenstellende Resultate ergeben haben.

Die Geheimbrennerei in der Scheune. In Zeuthen in der Mark haben Ordnungspolizisten eine umfangreiche geheime Spirithrennerei aufgehoben, die in einer Scheune untergebracht war. Die beiden „Inhaber" wurden mitten bei der Arbeit überrascht und flüchteten durch eigens angelegte Notausgänge. Einer von ihnen, namens Holzapfel aus Berlin, konnte bereits zwei Stunden später verhaftet werden; sein Komplize, ein gewisser Rosinnek, wird noch gesucht. Das Paar betrieb die Schwarzbrennerei seit längerer Zeit, es arbeitete immer nur Nachts, um keinen Verdacht zu erregen. In der Scheune waren umfangreiche Brennereianlagen eingerichtet; außerdem lagerten dort große Vorräte an Zucker, Hefe, Spiritus und Halbfertigfabrikaten. Die beiden Schwarzbrenner unterhielten einen Agentenstab von etwa 30 Köpfen.

Aufruhr im Krankenhaus. Im Krankenhaus in Kaschau (Oesterreich) kam es zu einem blutigen Aufruhr. Als eine Patientin in die Abteilung für Geisteskranke gebracht werden sollte, stürzten sich etwa 40 andere kranke Frauen auf die Wärter und entrissen ihnen die Patientin. Ein Wärter wurde dabei ernstlich verletzt. Herbeigeholte Polizeiabteilungen fanden den einen Flügel des Gebäudes verbarrikadiert. Die Patientinnen schleuderten alles, was erreichbar war, gegen die Polizeibeamten. Erst mit Hilfe der Feuerwehr gelang es, sich durch kräftige Wasserstrahlen Eingang zu erzwingen. Die Frauen gebärdeten sich wie wahnsinnig; sie mußten einzeln überwältigt und gefesselt werden. Bei dem Handgemenge erlitten mehrere Frauen Verletzungen. Eine stürzte sich aus dem Fenster und blieb auf dem Pflaster tot liegen. Die Unruhen setzten sich am nächsten Morgen fort, sodaß wieder Polizei zur Hilfe geholt werden mußte.

Explosion im Film-Kaffee. Wie aus Hollywood berichtet wird, ist das in der Nähe des Filmviertels gelegene und von bekannten Filmkünstlern besuchte Kaffee „Zum russischen Adler" durch eine schwere Explosion zerstört worden. Im Anschluß an diese ging das Erdgeschoß des Gebäudes in Flammen auf. 10 Personen wurden verletzt, davon 2 lebensgefährlich. Zurzeit des Unglücks waren zahlreiche Berühmtheiten der Filmwelt, darunter auch Charli Chaplin im Lokal anwesend, konnten sich aber noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Eine gerissene Betrügerin hat verschiedene Berliner Uhrmacher betrogen. Es handelt sich um eine 24 Jahre alte frühere Buchhalterin, die Tochter gutgestellter Eltern. Sie bat die Uhrmacher, ihr die Uhr, die die Mutter zur Ausbesserung gegeben habe, auszuhändigen, weil sie dringend gebraucht werde; den Reparaturzettel habe sie leider verloren. Die Schwindlerin ließ sich dann verschiedene Uhren vorlegen und wählte sich eine aus. Hin und wieder nahm sie auch eine gute Herrenuhr für den Vater. In über 20 Fällen hatte das Mädchen mit dem Trick Erfolg. Das erlangte Geld hate sie sich verschafft, um mit ihren bessergestellten Freundinnen verkehren zu können, weil sie von ihrem Vater kurz gehalten wurde.

Feuer im Kino. In Hamborn (Rheinland) entstand auf bisher noch nicht geklärte Weise im Vorführungsraum eines Kinos während der Vorführung eines Films ein Brand. Der Vorführer und drei andere im Raume anwesende Personen erlitten schwere Brandwunden; zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Das Publikum hatte, da der Vorführungsraum feuersicher abgeschlossen ist, und getrennt vom Zuschauerraum liegt, von der Katastrophe überhaupt nichts gemerkt, sodaß eine Panik vermieden wurde.

Der „deutsche Marck" freigesprochen. In der Berufungsverhandlung gegen den Kernmacher Heinrich Kühr aus Olpe (Westfalen) erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf Freisprechung. Das erstinstanzliche Urteil, das auf neun Monate Gefängnis wegen Versicherungsbetruges in Tateinheit mit Betrugsversuch lautete, wurde aufgehoben. Der Vorsitzende betonte bei der Begründung des Urteils, daß man den Angeklagten nicht habe verurteilen können, solange auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit für seine Unschuld bestände. — Sehr vernünftig!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0003

Sonnabend

der Hauptverkaufstag unserer

Serien-Tage!

1.95

1 Kupon, 3 Meter **Hemdentuch**, mittelf. 1.95
1 **Meter Inlett**, rot, federdicht . . . 1.95
Wollmusseline, Bl.-M., ca. 80cmbr. Mtr. 1.95
Voll-Voile, be druckt, 110 cm br., Meter 1.95
Damenhüte, jugen dliche u. Frauenhüte 1.95
1 **Etamingarn.**, weißgestr. mit Volant 1.95
1 **Bettvorlage**, doppelf. Plüsch, 50/100 1.95
1 **Kochelleinen-Tischdecke**, 120/120 . . 1.95
1 **gr. Küchenhandtuch**, farb. gestr., gestickt und garn., mit extra Ueberschlag 1.95
Damenjumperschürzen, blau-weiß, indanthren u. gestreift, beste Qualität 1.95
Herr.-Einsatzhemden, Streif. u. Karos 1.95
Garnituren Kragen u. Manschetten, Crep de Chine, best., in allen Modef. 1.95
1 **Paar Damenstrümpfe**, pr. Seidenflor, schw. und mod. Farben 1.95
1 **Paar Herrensocken**, Flor mit Seide in schönen Farben und Mustern . . . 1.95
1 **Paar Damenstrümpfe**, Waschseide . 1.95
3 **Handtücher**, weiß Gerstenkorn mit indanthrenf. Kante, 46/100, gef. u. geb. 1.95

95 Pfg.

Damen-Schal, Kunstseide . . . . . 95 Pf.
Moderne Kragen, Kunstseiden-Rips und Crepe de Chine mit Spitze . . 95 Pf.
Kleiderwesten, kunstseidener Rips . . 95 Pf.
Marine-Garnituren . . . . . . 95 Pf.
Servier-Schürzen, weiß Linon, mit Stickerei . . . . 95 Pf.
Kinder-Schürzen, weiß Batist, geschl. Form, mit Hohlsaum-Stickerei und Tasche, Größe 40 . . . . . . 95 Pf.
jede weitere Größe 20 Pf. mehr
Mädchen-Schürzen, moderne Formen, in neuer Ausmusterung, Größe 40 . 95 Pf.
jede weitere Größe 15 Pf. mehr
Damen-Jumperschürzen, zweifarbig, große Form . . . . 95 Pf.
Kinder-Rucksäcke, derber Stoff . . . 95 Pf.
Kindertaschen in Wildleder und Lack 95 Pf.
Einkaufs-Beutel, antik Wachstuch . 95 Pf.
1 **Fensterleder**, gute Qualität . . . 95 Pf.
1 **Rasier-Apparat** mit 3 Klingen . . 95 Pf.
12 **Rasierklingen**, „Asra Gold“ . . . 95 Pf.
1 **gr. Tube Zahn-Creme**, 1 **Zelluloid-Zahnbürste**, 1 **Seiftuch**, zusammen 95 Pf.
6 **Stück Fliederseife**, 2 Kart., à 3 St. 95 Pf.
6 **Stück Zitronen-Seife**, mild und erfrischend . . . . 95 Pf.
4 **Stück Toiletteseife**, à 140 gr, Beutel 95 Pf.
Prima Oranienburger Kernseife, 5teilig gepreßt, 2 Riegel . . . . . 95 Pf.

95 Pfg.

1 **Kupon 2 Mtr. Hemdentuch** . . . 95 Pf.
2 **Mtr. Rohnessel**, 80 cm breit . . . 95 Pf.
3 **Mtr. Gerstenkornhandtuchstoff** mit roter Kante . . . . 95 Pf.
Neue Waschmusseline-Punkte ca. 80 cm breit . . . . . . Mtr. 95 Pf.
Waschkunstseide, in neuen Blumendessins . . . . . . Mtr. 95 Pf.
1 **Halbstores**, Etamin m. gut. Einsätzen 95 Pf.
2 **Mtr. Landhausgardine**, mit Volant 95 Pf.
1 **Bettvorlage**, gute strapazierfähige Qualität . . . . 95 Pf.
1 **gezeichnete Kissenplatte**, mit Rückwand, in schwarz und farbig . . . 95 Pf.
1 **Küchenhandtuch**, gezeichnet u. garn. 95 Pf.
Mod. halbst. Kragen i. Beutel 2 Stck. 95 Pf.
Herren-Sportmützen, in neuen Stoffen gute Qualitäten . . . . 95 Pf.
Gummi-Hosenträger, extra breit . . 95 Pf.
Sport-Stutzen, mit bunten Rand . . 95 Pf.
Untertaillen, gestrickt, m. kurz. Aermeln 95 Pf.
2 **Paar Damenstrümpfe**, Baumwolle, schwarz und farbig . . . . . . 95 Pf.
2 **Paar Herrensocken**, farbig bedruckt 95 Pf.
1 **Paar Damenstrümpfe**, Kunstseide 95 Pf.
2 **Paar Herrensocken**, grau, starke Qualität . . . . 95 Pf.
1 **Paar Herrensocken**, Jacquardmust. 95 Pf.

2.95

1 **Kupon 4 Mtr. Hemdentuch**, starkfäd. 2.95
2 **Mtr. Dowlas für Bettlaken** . . . 2.95
1 **Damasttischtuch**, weiß, 130/130 . . . 2.95
Schweiz. Voll-Voile, Bordüre, ca. 125 cm 2.95
Crepe de chinette, einf. u. gemustert, Mtr. 2.95
Bastseide, reine Seide, 80 cm breit, mehrfarb., bedruckt und gewebt 2.95
Kunstf. Trikot, gestr. in 10 Modefarben, 140 cm breit 2.95
Damenschal, Crepe de chine, reine Seide 2.95
Damenhüte, mod. Strohgefl., bunt gem. 2.95
1 **Etamingarnitur**, b. gestr. m. Volant 2.95
1 **Kinderwagensteppdecke**, handgest. . 2.95
1 **Künstlerdecke**, 130/130, in viel. Farben 2.95
1 **Wandbehang**, 75/150 gr., m. hübsch. Must. 2.95
1 **gez. Decke** auf gut. Haustuch, 130/130, mit Kreuz- und Stielstichzeichnungen 2.95
1 **vierteil. Küchengarn.**, gez., besteh. aus Handtuch, Wandschoner, Topflappentasche, Leitungsschoner 2.95
ff. Makohemd, gelb, pr. Qualität, mit buntem Trikolin-Einsatz 2.95
Schlosserhemden, hell und dunkel, prima Qualität 2.95
Herrenhüte, mod. Farben und Formen 2.95
Perkal-Oberhemden mit Kragen . . . 2.95
Damen-Beutel, gr. u. mode, S.-Moire 2.95
1 **Paar Damenstrümpfe**, pr. Waschseide, ganz feine Masche, in allen mod. Farben 2.95

Schuhwaren

Kinder-Segeltuch-Schnürschuhe mit Ledersohle und fester Kappe, 27/30 . . . . 95 Pf.
Kinder-Segeltuch-Spangenschuhe mit Altledersohle, 27/30 . . . . 95 Pf.
Kinder-Segeltuch-Schlüpfer . . . . 31/35 95 Pf.
Damen-Dirndlstoff-Niedertreter . . . . . 95 Pf.
Damen- oder Herrenstoff-Pantoffel . . . 95 Pf.
2 **Paar Damen- oder Herren-Schuhspanner** . 95 Pf.
Graue Dachdeckerschuhe . . . . 95 Pf.
Schwarze Segeltuchschlüpfer, 36/42 . . . . 95 Pf.
Kinder-Segeltuch-Spangenschuhe mit Ledersohle und verdeckter Naht, 27/30 . . . . 1.95
Kinder-Segeltuch-Schnürstiefel, weiß 25/26 1.95
Herren-Plüsch-Pantoffel 1.95
Damen-Filztuch-Hausschuhe, gute Qualität . . 2.95

Sonder-Angebot in Bade-Artikel

1 **Bade-Anzug**, schwarz Trikot, mit schm. Träg., für Kinder, 8 Jahr . . . . 95 Pf.
1 **Badehaube**, aus farb. Gummi, für Kinder und Damen, garniert . . . . 95 Pf.
1 **Frottierhandtuch**, Jacquard, wß., mit frb. Kante 95 Pf.
1 **Badetrikot**, für Herren, echt Mako, schwarz . . 1.95
1 **Paar Badeschuhe**, schwarz Satin, zum Schnüren mit Gummischluß, Gr. 35—40 . . . . . . 1.95
Bade-Trikot, aus farb. Trikot, mit wß. Besatz 3.95 3.75 3.50
Bade-Anzüge, bunt gestreifte Taille, mit schwarzem Höschen 6.75 6.25 5.00
Bade-Anzüge, Milanaise, schwarze Taille, mit schw.-weiß-kariert. angekräus. Höschen, unt. Gummizug 10.50
Bade-Gürtel, aus farb. Gummi, versch. Breit. 1.25 95 75 Pf.
Schwimmhauben und Helme, aus rotem, festem Gummi 1.45 1.25 1.10
☛ **Badehosen** für Knaben aus echt rotem Kattun ☚

Aus unserer Wirtschafts-Abteilung!

6 **Stück Speiseteller und 3 Dessert-Teller** . 95 Pf.
3 **Paar Tassen mit Rosendekor** . . . . . 95 Pf.
2 **große Suppenschüsseln** . . . . . . 95 Pf.
1 **Teekanne**, braun glasiert . . . . . . 95 Pf.
1 **Isolier-Flasche**, ½ Liter . . . . . . 95 Pf.
1 **Emaille-Milchtopf**, 14 cm . . . . . . 95 Pf.
1 **Aluminium-Kochtopf** mit Deckel . . . . 95 Pf.
1 **Aluminium-Bratpfanne** . . . . 95 Pf.
1 **Wäscheleine**, 25 Meter lang, „Aloe“ . . . 95 Pf.
1 **Aermel-Bügelbrett**, gut gepolstert . . . . 95 Pf.
1 **Zelluloid-Stehspiegel** . . . . 95 Pf.
1 **Roßhaarbesen** 1.95
1 **Kaffee-Zucker-Kakao und 1 Teebüchse** . . . 1.95
1 **Wandkaffee-Mühle** 2.95

Hochfeine Vollmilch-Schokolade, 2 Riesentafeln, à 125 Gramm . 95 Pf.
Vollmilch-Schokolade, mit Erdnüssen, 4 Tafeln à 100 Gramm . . . . 95 Pf.

Willy Cohn

Block-Schokolade, 1 Pfund-Block . . . . 95 Pf.
1 **Pfund Kakao** . . . . 95 Pf

An alle Photo-Amateure!

Alle Photo-Arbeiten für Amateure werden von unterzeichneten Photo-Ateliers

fachmännisch zu billigsten Preisen

ausgeführt.

Baum vorm. Rübartsch, Breiteweg 15. **Böttcher**, Walter-Rathenaustraße 1 (Lindenweg). **Harder**, Spiegelstraße 9, Ecke Wilhelmstraße. **Hoch**, Roonstraße 2. **Köhler & Saemann**, Heinrich-Juliusstraße 8. **Thieme**, Plantage 9.

Drucksachen jeder Art liefert sauber und preiswert Halberstädter Tageblatt

Eine Mark und 25 Pfennig

kostet das

Aufbügeln eines Anzuges

auf meinen amerikanischen Dampfbügelpressen. Kein Versengen. Preise für einzelne Teile: Beinkleid **60** Pfennig, Jackett **60** Pfennig, Weste **20** Pfennig, Mantel **70** Pfennig. Saubere Ausführung.

Franz Küffner

Halberstädter Kunstfärberei und chem. Waschanstalt. Telephon 2083.

Schlafzimmer, auch get., **Sofa**, **Chaiselongues**, **Ausziehtisch** (new) **Kleiderschränke**, **Stühle**, **Nähmaschine**, **Schaukelstuhl**, **Ladendreien**, **Barockschrank u. Sessel**, **Eckschrank**, **Truhe**, (ant.) **1a Maßanzüge** (fast neu) u. a. m. billig zu verkaufen.

Geschäftshaus für Gelegenheitskäufe.

Max Pick, Grudenberg 5

Einkauf — Verkauf

Möbelpolitur

Ratsapotheke.

Wecker von 3.50 Mark Reparatur. billig.

Laudinger, Bakenstr. 20

Küchen!

6teil., Kiefer lackiert, von 120.— Mk.

Schränke

eiche, nußb. wß gem., 2türig, v. 68.— Mk.

Bequeme Teilzahlung 10% Kassen-Rabatt!

Fabriklager: **Gust. Behrens** Hoheweg 47. Fernruf 1229.

Für Ihre Schuhe empfiehlt **Wilbra-Lederfarbe** in allen mod. Farbtönen (beige, blond, rosenholz, reseda usw.)

Carl Baudorff Nchf. Drogerie, Hoheweg 6.

☛ **Verkäuferinnen** unserer solid. Erzeugnisse (Korsetts, Leibbind., Hüftformer, Brusthalter dgl.; Maßanfertigung) bezieh. bei uns höchste Provision. Lieferung nur an Private. **Backofen & Liebscher**, **Döbeln 170 Sa.** Gegr. 1899. Beste Bezugsquelle für Versandgeschäfte in Korsettleibb. (Spezialität)

Suche zum 1. August oder später

2 beschlagnahmefreie leere Zimmer,

evtl. mit Küche oder Benutzung. Angebote unter **B. 226** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Allerhochfeinste Molkereibutter

½ Pfd.-Stück nur 98 ₰

II. und III. Sorten, die bedeutend billiger sind, finden Sie in unseren Läden nicht.

Naverma-Haus

Ohne Anzahlung!

TEPPICHE

Läufer, Diwan- u. Steppdecken

zahlbar in 10 Monatsraten liefert

Agay & Glück, Frankfurt a. M., A 322

Größtes Teppichversandhaus Deutschlands

Schreiben Sie sofort!

Volkschor Halberstadt

Zu unserem am **Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr** im Saale des „**Elysium**“ stattfindenden

Stiftungs-Fest

(bestehend in Gesang und Ball) beehren wir uns, Sie und werte Angehörige freundlichst einzuladen und versprechen genußreiche Stunden **Der Vorstand**

Saalöffnung 7 Uhr **Tanz von 8 Uhr ab**

Hamster=, **Kanin-, Ziegen-, Wildfelle** kauft zu höchst. Tagespreis

Fellverwertung Beguinenstr. 11

Bandonion-Musik-Verein „Eintracht“

Mitglied des deutschen Konzertina-u. Bandonion-Bundes e. V.

Leitung: O. Nathow.

Am Sonnabend, den 9. ds. Mts., abends 8 Uhr findet in der Sternwarte unser

Tanzkränzchen

statt, wozu wir Freunde und Gönner herzlichst einladen. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 133. Sonnabend, 9. Juni 1928. 3. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigrode, 8. Juni.

Massensuggestion.

(Eine zeitgemäße Betrachtung).

Das vielgesuchte Wort Suggestion stammt von dem lateinischer Verbum „suggero", das heißt: Ich führe ein, ich flöße ein. Damit haben wir den Begriff Suggestion erklärt, nicht aber den wunderbaren und geheimnisvollen Vorgang, den das Wort ausdrückt.

Einfache Formen von Massensuggestion können wir vielfach erleben und mit zusehen. — denn was tut der gefeierte Redner auf der Tribüne, der Advokat im Gerichtssaal, der Geistliche in der Kirche anderes, als durch die Macht seiner Worte den eigenen Willen, die eigenen Gedanken in die Zuhörenden einströmen zu lassen? Gewaltige Bewegungen können durch die Kraft eines fanatisch von seiner Meinung überzeugten Menschen hervorgerufen werden; ein Beispiel dafür sind die Kinderkreuzzüge des Mittelalters, diese grausig unbegreifliche Erscheinung, die ein fanatischer Mönch durch seine Massensuggestion ins Werk setzte. Von Westeuropa sollten die zarten Kinderfüße bis Jerusalem wandern, um das heilige Grab aus den Händen der Türken zu befreien. Doch diejenigen, die den leidenschaftlichen Mönch sprechen hörten, verloren die klare Ueberlegung, sahen nicht mehr die Unsinnigkeit des Unternehmens, das naturnotwendig unzählige Kinderleben hinraffen mußte, unnötig geopferte Menschenjugend. Aber die Massen waren nicht stark genug, sich dem Bann des einen Mannes zu entziehen. So gewaltig kann die Macht der Gedanken, die Ueberzeugung sein! — Auch die Hexenverfolgungen sind — genau betrachtet — nichts anderes als eine Form der Massensuggestion. Ein einmal ausgestreuter Gedanke griff um sich wie verheerendes Feuer, wie eine bösartige Epidemie, ging von Spanien aus über Europa. Man macht sich heiten klar, wie entsetzlich groß die Zahl der Opfer dieses Massenwahnsinns war: es wurden allein in der Zeit der Reformation und kurz nachher in Europa 9—10 Millionen Menschen verbrannt. Ein Weltkrieg in anderer Form, aber mit gleicher Wirkung. Und was für Menschen waren das? Sicherlich nicht die schlechtesten unter den damals Lebenden. Es genügte ja die geringste Kleinigkeit, einen Menschen auf den Scheiterhaufen zu bringen. Es brauchte nur eine neidische Frau oder ein mißgünstiger Nachbar einen Groll gegen einen Mitmenschen zu fassen, so genügte eine einfache Anzeige, diesem den hochnotpeinlichen Prozeß zu machen. So kam es, daß Philosophen und andere Gelehrte unschuldig junge Mädchen und Kinder, ja sogar Geistliche die Opfer wurden, vergeblich und unnütz hingerafte Opfer einer freventlich aufgerührten Volksleidenschaft.

Eine der heute zu beobachtenden Massensuggestion ist die Reklame. Der Name irgendeines Fabrikats wird überall ausgeschrien, von allen Litfaßsäulen prägt er sich dem Publikum ein, von den Fassaden und Dächern der Häuser leuchtet er, ja selbst am Himmel sehen wir flammende Schriftzeichen — die Suggestion ist vollständig — halb unbewußt läßt sich der gewöhnliche Mensch in ihren Bann ziehen und tut, was Plakate, Anschläge und Himmelsschrift von ihm verlangen. Die eigene Kritik, sonst so schlagbereit, verstummt, läßt sich einlullen von den starken Einflüssen, die von außen hereinströmen.

Ueberhaupt ist unserer Zeit nicht abzusprechen, daß sie stärker als die vorangegangenen Jahrzehnte zum Mystizismus neigt. Heute finden Dinge wieder glauben, die von den Naturalisten des vorigen Jahrhunderts mit einem Achselzucken abgetan wurden. Die überall auftauchenden Kurpfuscher und Quacksalber sind die Beweise dafür. In langen Reihen halten die Autos der gläubigen Patienten vor ihren Türen, — man sieht schon daraus, daß es nicht die untersten-Schichten sind, die diesen Wundermännern glauben. Und gerade auf diesen Glauben sind viele der wunderbar erscheinenden Heilungen durch die Quacksalber natürlicher zurückzuführen. Nicht die Mittel und die Behandlungsart des betreffenden Kurpfuschers retten die Kranken, sondern der eigene feste Glaube an Heilung und Genesung. Autosuggestion, dadurch erklärlich, daß viele Krankheiten ja nicht organisch sind, nicht real, sondern „eingebildet". Habe ich mir aber etwas eingebildet, so muß ich natürlich auch dahin gebracht werden können, dieses „Bild" wieder aus meinem Hirn und Gemüt zu entfernen. Wie weit die Autosuggestion geht, davon wissen die Aerzte wunderliche Dinge zu erzählen. Es gibt Frauen, die sich einbilden, schwanger zu sein, und an denen demzufolge auch alle Anzeichen der Schwangerschaft zu beobachten sind, obwohl sie in der Tat sich in völligem Normalzustand befinden. In solchen Fällen können also die Quacksalber nicht viel Schaden anrichten. Gefährlich sind sie nur da, wo es sich um beginnende organische Erkrankungen des Patienten handelt, die durch falsche Behandlung und Verschleppung so weit um sich greifen, daß der Kranke nicht mehr zu retten ist In dieser Beziehung haben die Gesundbeter — die einen unendlich großen Anhang auch in Deutschland besitzen — sehr viele Menschenleben auf dem Gewissen. Das Bedauerliche ist, daß diese Kurpfuscher ein Krebsschaden am Volke sind, dem — etwa durch Bestrafung — nicht beizukommen ist. Geschieht es einmal, daß so ein Quacksalber mit ein Paar Tagen Gefängnis bestraft wird, so wird seine Freilassung zu einem Triumphe für ihn; die Scharen seiner Anhänger versammeln sich und holen ihn in festlichem Zuge ein: er ist jetzt zu einem Märtyrer geworden und damit noch tausendmal gefährlicher als vorher. — Wir haben durchaus keine Veranlassung, auf das Mittelalter mit seinen Kinder-Kreuzzügen und Hexenprozessen als auf überwundene Standpunkte herabzublicken. Auch in unserer Zeit schoßen die Funken, die — um sich greifend — aufsodernd — die seltsamsten Massenwirkungen hervorrufen können. Denn heute wie damals sind die Menschen aufnahmebereit für jeden starken Einfluß.

Von der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Die Unterstützungs- oder Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge bilden fortgesetzt den Gegenstand von Erörterungen. Es wäre deshalb besser, es würden von zentralen Stellen, vielleicht den Landesfürsorgeverbänden oder den Sozialministerien der einzelnen Länder, Mindestunterstützungssätze festgesetzt, etwa abgestuft nach Ortsklassen, die eine unterste Grenze der Unterstützungen festlegten.

Der Ausschuß für kommunale Wohlfahrtspflege in der Provinz Sachsen und dem Lande Anhalt hat im Januar und April 1928 Rundfragen in seinem Wirkungskreis über Zahl der Unterstützungsempfänger, Höhe der Unterstützungen usw. vorgenommen. Die Ergebnisse lassen eine recht verschiedenartige Handhabung der öffentlichen Fürsorge erkennen. Es schwankten etwa die Unterstützungssätze für alleinstehende Personen in der Allgemeinen Fürsorge (Armenpflege) von 24—35 ℳ. in der gehobenen Fürsorge (Kleinrentner, Sozialrentner usw.) von 30—45 ℳ monatlich. In einigen Ausnahmefällen werden die Beträge nicht einmal erreicht oder sie werden auch überschritten. Namentlich sind einige große Städte oder Landkreise mit sozialdemokratischen Mehrheiten über die angegebenen Beträge hinaus gegangen.

Ende März 1928 richtete die Vereinigung für öffentliche Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt, unterzeichnet vom Landeshauptmann für die Provinz Sachsen und Stadtrat Böhme Magdeburg ein Ersuchen an die Bezirksfürsorgeverbände, sie möchten auf Grund eingehender Beratungen die Unterstützungssätze um 10 v. H. erhöhen. Das ergibt z. B. in der Armenpflege (aufgebaut auf die früheren Vorschläge) für Einzelpersonen in Orten: der Ortsklasse B statt bis dahin monatlich 29 ℳ künftig 32 ℳ. In der gehobenen Fürsorge muß immer der Unterstützungssatz um ein viertel höher sein. Der Aufschlag für Ehegatten (50 v. H.) soll sich auch in der gehobenen Fürsorge nach den Richtsätzen dieser bemessen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Gau Sachsen-Anhalt, hat im April 1928 ein Rundschreiben an alle Bezirksfürsorgeverbände gerichtet, in dem um erneute Erhöhung der Unterstützungssätze geboten wurde. Vorgeschlagen wurde für Einzelpersonen monatlich in der Armenpflege auf dem Lande 36 ℳ, in großen Städten 38 ℳ, in der gehobenen Fürsorge 45 und 50 ℳ. Der Zuschlag für hilfsbedürftige Erwachsene, besonders Ehegatten, die im gemeinsamen Haushalt sich aufhalten, soll ebenfalls wie bei den halbamtlichen Vorschlägen 50 v. H. betragen. Der Zuschlag für ein Kind soll in der gehobenen Fürsorge auf dem Lande 15, in den großen Städten 18 ℳ betragen.

Als ein weiterer Anlaß, sich mit den Fragen zu beschäftigen, kam hinzu, daß die Stadtverordnetenversammlung in Quedlinburg auf sozialdemokratischen Antrag beschloß, die Unterstützungssätze zu erhöhen, und zwar in der gehobenen Fürsorge für Alleinstehende auf 45 ℳ, in der Armenpflege auf 36 ℳ. Eine daraufhin zusammenberufene Besprechung der Leiter von Wohlfahrtsämtern des Ostharzes beschloß, die Angelegenheit zuständigkeitshalber der Vereinigung für öffentliche Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt zu überlassen.

Diese hat sich inzwischen auch mit der Frage beschäftigt. Es wurde dabei festgestellt, daß viele Bezirksfürsorgeverbände noch nicht einmal die zuletzt angegeste Erhöhung um 10 v. H. (siehe oben) mit ihren sonstigen Einzelheiten und Auswirkungen durchgeführt haben. Es sei deshalb und weiter im Hinblick auf die Kürze der erst inzwischen vergangenen Zeit untunlich, jetzt schon wieder eine Erhöhung vorzuschlagen. Dagegen soll durch Rundschreiben die Bitte an die Bezirksfürsorgeverbände gerichtet werden, zum Ende März angeregten Aufbesserungen vorzunehmen. Besonders wird das denjenigen Wohlfahrtsämtern empfohlen, die eine Anrechnung der Rentensteigerung in der Invalidenversicherung vornehmen. Die Vereinigung für öffentliche Wohlfahrtspflege hält eine solche Anrechnung (d. h. Kürzung der kommunalen Unterstützung um den Betrag der Rentenerhöhung) für angängig. Sie überläßt es indessen den Bezirksfürsorgeverbänden im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts über die Anwendung oder Nichtanwendung selbst zu bestimmen. Findet eine solche Anrechnung statt, so sei es umsomehr zu empfehlen, einen Ausgleich durch Erhöhung der Unterstützungs- oder Richtsätze zu schaffen. Es wurde bei den Beratungen auch darauf hingewiesen, daß die jetzt erst verabschiedeten Haushaltspläne der Wohlfahrtsämter sich noch auf die Unterstützungssätze vom März oder noch früheren Zeiten aufbauen.

---

* **Sendungen mit der Bezeichnung „bahnhofspostlagernd".** Um zu erreichen, daß Sendungen mit der Bezeichnung „bahnhofspostlagernd" oder einer ähnlichen Angabe unmittelbar der in Betracht kommenden Bahnhofspostanstalt zugeführt werden, wird den Postkunden, namentlich den Geschäftsreisenden, empfohlen, die Bezeichnung „bahnhofspostlagernd" usw. in die Augen fallend farbig zu unterstreichen. Diese Kennzeichnung ist nötig, um die Verteilbeamten, die sich bei der Eile, mit der sie den Dienst wahrnehmen müssen, im allgemeinen darauf beschränken, den Bestimmungsort zu lesen, auf die besondere Behandlung der Sendung aufmerksam zu machen.

* **Anträge auf landwirtschaftliche Unterstützungen aus Reichsmitteln.** Nach Ziffer 5 der Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch vom 24. 4. 1928 und nach Ziffer 5 der Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 27. 4. 1928 sind Anträge auf Unterstützungen mit den erforderlichen Unterlagen bei den Landesregierungen oder den von diesen bestimmten Stellen einzureichen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bestimmt der Preußische Landwirtschaftsminister für den Bereich Preußens, daß die betreffenden Anträge bei der zuständigen Landwirtschaftskammer einzureichen sind. Die Landwirtschaftskammer hat die Anträge sorgfältig darauf zu prüfen, daß sie im Rahmen der Zweckbestimmungen der Richtlinien liegen, daß die erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens vorhanden sind und daß durch das Unternehmen der Förderung der Landwirtschaft gedient wird. — Nach erfolgter Prüfung, die nach Möglichkeit zu beschleunigen ist, sind die Anträge sodann mit den vollständigen Unterlagen und den dazu erstatteten Gutachten dem Landwirtschaftsminister einzureichen.

Werbt unablässig für Eure Zeitung!

Peter Voß, der Millionendieb.

Roman von Ewald Gerhard Seeliger.

Copyright 1927 by E. G. Seeliger. Walchensee (Oberbayern).

33. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Zuerst ging er in den Keller, wo die Gasmesser standen, und leuchtete mit dem brennenden Streichholz die Röhren entlang. Wie ein richtiger Gasarbeiter, der es mit seiner Aufgabe ganz furchtbarlich genau nimmt, klopfte er auch die Wände ab. Die Haushälterin schaute ihm eine Weile zu, dann wurde es ihr doch zu langweilig, und sie ging wieder in die Küche hinauf.

Darauf hatte er nur gewartet. Nun zog er die elektrische Taschenlampe und begann den ganzen Keller zu durchstöbern. Sogar die Gläser mit dem Eingemachten nahm er vom Bord herunter. Kein Winkel, kein Kasten, keine Mauernische war vor ihm sicher. Selbst in dem Kohlenhaufen wühlte er herum. Das ging nicht ohne Rumor ab.

„Was machen Sie denn da?" rief die Haushälterin von oben. „Sind Sie denn noch nicht fertig?"

„Nur Geduld!" erwiderte er und kam die Kellertreppe herauf. „Da unten ist alles in Ordnung. Was ist denn das hier für ein Zimmer?"

Ohne ihre Antwort abzuwarten, trat er ins Schlafzimmer und kroch zunächst unter das breite Bett des Landgerichtsrats.

„Da sind doch gar keine Gasröhren!" rief sie.

„Aber Gas!" belehrte er sie und kreuzte mit Händen und Füßen weiter. „Kohlenwasserstoff. Wenn nämlich so ein Gasrohr in der Mauer platzt, dann dringt das Gas in die Wände und kommt irgendwo heraus, wo man es gar nicht ahnt."

Und wieder strich er ein Streichholz an.

„Aber ich rieche doch nichts!"

„Dann schaffen Sie sich nur eine bessere Nase an! Ich rieche es. Und wo ich was rieche, da muß ich meine verdammte Pflicht und Schuldigkei tun. Sie brauchen keine Angst zu haben, daß ich was einstecke. Ich hab mehr als Sie! Wenn ich hier aus dem Hause gehe, werde ich meine Taschen umkehren, nur damit Sie ruhig schlafen können."

Da ließ sie ihn wieder allein, und er durchsuchte das ganze Schlafzimmer von unten bis oben, von einer Ecke bis zur anderen. Er klopfte die Wände ab, um Gasröhren zu suchen und um Millionen zu finden. Plötzlich klang die Wand hohl. Da befand sich ein Stahlschränkchen.

Aha! dachte er und ging ins Nebenzimmer, wo der Schreibtisch des Landgerichtsrats stand. Hier fand er die Tür des Schränkchens mit einem kunstvoll geschnittenen Schlüsselloch. Aber er zog nicht die Nachschlüssel heraus. Der breite Schreibtisch, dessen Türen und Fächer unverschlossen waren, erweckte sein Interesse in weit höherem Maße. Fanden sich hier die Millionen, dann brauchte er nicht das Schränkchen zu öffnen. Mit schnellen Fingern begann er in den Fächern zu wühlen, immer bereit, auf den nächsten Stuhl zu springen, von dem aus er die Gaskrone in der Mitte des Zimmers erreichen konnte.

Doch die Haushälterin störte ihn nicht. Sie hatte sich nämlich in den geradezu vor Liebesleid triefenden Fortsetzungsroman der Sternauer Zeitung vertieft.

Wie Dodd auch suchte, forschte und schnüffelte, werde die Millionen noch irgendein Beweis für das Einverständnis zwischen Onkel und Neffen kamen zum Vorschein. Nun machte er sich an den breiten, zweitürigen Bücherschrank, ohne auch hier seinem Ziele näherkommen zu können. Endlich waren noch eine alte geschnitzte Truhe und das Zigarrenschränkchen zu untersuchen. Als diese Arbeit getan war, hatte sich für ihn die Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Millionen im Wandschrank lagen, ganz bedeutend erhöht.

Jetzt galt es, dessen Schloß daran glauben. Schon zuckte seine Hand nach dem Schlüsselbund, da erklang draußen die Glocke. Der Landgerichtsrat und Polly, beide von dem Spaziergang aufs beste angeregt und erfrischt, kamen zurück.

Sofort sprang Dodd zum Schreibtisch und fuhr mit dem brennenden Streichholz an dem Gummischlauch der Schreibtischlampe hin und her.

„Nanu?" rief der Rat, als er ins Zimmer trat und den fremden Mann bemerkte. „Was ist denn hier los?"

„Er kontrolliert die Gasleitung!" meldete die Wirtschafterin.

„Ach so!" sagte der Rat und ließ sich in den weichen Sessel am Fenster gleiten, wo er sich mit Behagen eine Nikotinfreie ansteckte.

Den Nervenschock von gestern schien er völlig überwunden zu haben.

Das ist mehr als verdächtig! dachte Dodd.

Polly nahm dem Onkel gegenüber Platz. Dodd untersuchte mit größter Sorgfalt die Gasleitung und beobachtete die beiden heimlich. Aber sie sprachen nur von nebensächlichen Dingen und von den Leuten, die sie unterwegs getroffen hatten.

Dann kam die Wirtschafterin herein und verlangte eine größere Summe, um eine Rechnung zu bezahlen. Der Rat erhob sich sofort und griff in die Tasche.

„Wo sind denn meine Schlüssel?" fragte er verwundert.

Polly wurde rot, sie dachte sofort an Peter.

„Also hat dieser verdammte Emil Popel auch meine Schlüssel mitgehen heißen?" polterte der Rat und wandte sich darauf an Dodd: „Sie, Herr Gasmann, können Sie wohl ein Schloß aufmachen?"

Dodd schüttelte schweigend den Kopf.

Marta Zippel mußte zum Schlosser laufen. Dodd beschäftigte sich weiter mit seinen geliebten Gasröhren, turnte auf den Tisch und leuchtete das Rohr an der Decke ab, das zur Gaskrone führte. Zufällig fiel sein Blick zum Fenster hinaus, wo eben ein gelber Postwagen um die Ecke bog und vor dem Hause hielt. Der Postmann brachte ein kleines Paket, so groß wie eine Zigarrenkiste. Polly nahm es ihm an der Haustür ab.

„Es scheint ein Schlüsselbund drin zu sein!" rief sie dem Onkel zu.

„Tatsächlich;" rief er erfreut, nachdem er die Schnur durchschnitten und die Kiste geöffnet hatte. „Dieser Emil Popel besitzt doch mehr Anstand, als ich bisher geglaubt hatte.

Dann zog er ein mittelgroßes Bund blankgeschliffener Schlüssel heraus.

Polly packte unterdessen die goldene Brille aus.

„Sieh da!" rief der Rat, auf das angenehmste überrascht, und bekam plötzlich den Pfandschein und das Telegrammformular in die Finger.

„Der Schlosser kann erst in einer Stunde kommen," meldete jetzt die Haushälterin.

„Bestellen Sie ihn wieder ab!" gebot der Landgerichtsrat. „Ich habe soeben meine Schlüssel wiederbekommen."

Dann öffnete er das Wandschränkchen, nahm Geld heraus, legte den Pfandschein und das Telegrammformular hinein und schloß wieder zu.

Dodd entging nicht die kleinste Bewegung.

„Hier haben Sie Geld!" sprach der Rat zur Haushälterin. „Die Rechnung bezahlen Sie sofort."

„Drehen Sie aber vorher den Hauptahn zu!" rief Dodd von oben. „Ich muß die ganze Krone auseinandernehmen. Es wird gleich schlecht riechen im Zimmer. Und gerauscht darf auch nicht werden."

„Da ist es wohl besser, wir gehen so lange in den Zimmer hinauf!" sprach der Onkel zu Polly.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0005

— **Vorsicht bei Tierschau!** Im Laufe des Mittwochs hielten auf dem städt. Anger mit einem Jahrmarktswagen ein Schausteller, zu dessen Requisiten zwei Bären und zwei Affen zählten. Kinder sammelten sich rasch an und, ehe man sich recht versah, hatte der eine Affe den kleinen N. bei der Kopfhaut gefaßt und ihn erheblich zerkratzt. Ein Straßenpassant riß den wildgewordenen Affen von dem Kind. Der Vorfall dürfte für alle Eltern eine eindringliche Warnung sein, um ihre Kinder von allen derartigen Schaustellungen in respektvoller Entfernung zu halten.

— **Folgen der Wohnungsnot.** In allen Fällen, wo Menschenmassen durch die Wohnungsnot gezwungen in größerer Zahl zusammenwohnen müssen, ist stets die Gefahr von Zank und Streit vorhanden. So war es auch im Armenhaus am 21. April d. Js. Der Händler O. kam an diesem Sonnabend schwer betrunken nach Hause und hat dann nach der Darstellung des Angeklagten D. Radau gestiftet, in dessen Verlauf D. den O. mit einem Beil am Schädel verletzte. Nun ist von der Staatsanwaltschaft nicht gegen D. ein Verfahren eingeleitet worden, sondern gegen D. wegen vorsätzlicher Körperverletzung. Dem D. wurde von den Zeugen ein gutes Zeugnis ausgestellt, während O. als gefährlicher Unruhestifter und Trunkenbold bekannt sei. Die Gerichtsverhandlung ergab die Haltlosigkeit der Anklageerhebung, sodaß selbst der Amtsanwalt Einstellung des Verfahrens auf Kosten der Staatskasse beantragte. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an, ohne nicht vorher noch den O. eine geharnischte Verwarnung für sein zukünftiges Verhalten zu geben.

— **Marktfestspiele.** Eintrittskarten für die am Sonnabend, den 9. Juni stattfindende Vorstellung „Egmont", können Mitglieder unserer Ortsorganisationen zu Vorzugspreisen nur in der Geschäftsstelle der „Harzer Volksstimme" in Empfang nehmen. In Halberstadt sind Karten bei Rummert, Fischmarkt, erhältlich. Der Besuch ist sehr empfehlenswert, da hier unser Rathaus in seiner alten Zweckbestimmung als Spielhaus aufersteht. *

+ **Aufs hohe Roß gesetzt** hatten sich in der Elternversammlung der Mädchenvolksschule die bürgerlichen Kreise der Elternschaft, deren Vorführer Herr Dr. Jaeger und die Buchhändlersehefrau Paul Schulz waren, als es galt eine gemeinsame Elternbeiratsliste mit den Eltern der Arbeiterkinder, aufzustellen. Unter allen Umständen forderten sie die Mehrheit im zukünftigen Beirat, wie das bisher der Fall war. Die Folge war, daß die Beauftragten aus den Arbeiterkreisen dieses Ansinnen ablehnten. Während in der einberufenen Elternversammlung im Monopol am 1. Juni die vorgetragenen Namen zum Beirat einmütig gutgeheißen wurden, ist es am Dienstag, den 5. Juni, in der bürgerlichen Elternversammlung im Reichshof zu einem bösen Reinfall auf dieser Seite gekommen. Auf Grund der berechtigten Einsprüche aus der Versammlung ist die Aufstellung einer Liste ins Wasser gefallen. Die Wahlen vom 20. Mai und deren Ergebnisse scheinen auch hier manchen Eltern die Augen geöffnet zu haben, und man ist drauf und dran den Machern das Handwerk gründlich zu legen. Wenn alle Stränge reißen, werden der Liste der aufgeklärten Schulfreunde aus der Arbeiterschaft zwei bürgerliche Listen entgegengestellt. So sieht dann die Ueberbrückung der Klassengegensätze in der Schule aus. Die Eltern der Arbeiterkinder werden aus diesen Machtansprüchen die richtige Lehre ziehen und gemeinsam am 24. Juni ihre Stimmen geben der Liste der „Kinderfreunde".

— **Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern** für Juni und Gewerbelohnsteuer für Mai sind bis 15. Juni in die Stadthauptkasse zu zahlen. (Siehe Inserat.)

— **„Liselott von der Pfalz".** Die Eröffnungsvorstellung des Kurtheaters am Mittwoch abend im Kurhaus gab, was den Besuch anbetrifft, dem Marktfestspiel in keiner Weise etwas nach. Und da fast dasselbe Ensemble wie auf dem Marktplatz mitwirkte, konnte man sehr gute Vergleiche über Eindrücke auf offener Schaubühne und Saalbühne ziehen. Ohne Zweifel gewannen fast alle Künstler im Kurhaus gegenüber den Marktfestspielen. Die Akustik unseres Marktplatzes muß man kennen, wenn man dort einigermaßen abschneiden will. Das Spiel am Mittwoch schnitt sehr gut ab. Unter der Spielleitung Herbert Fischers klappte alles sehr gut. Die „badische Kirchhörner" stachen gegen die „parlenous francaise" entsprechend ab, ohne daß unser deutschnational-neudeutsches Theaterpublikum in Ekstase geraten wäre. Schon beim Vorspiel zeigte sich, daß das „Schwäbeln" manchen der Mitspielenden nicht so leicht fiel. Zweifellos hatte Hanne Jschege ihren guten Abend, ebenso Albert Maute. Das Publikum geizte nicht mit Beifall und ließ sich gern und willig von der ansteckenden Heiterkeit Hanne Jschegges mitreißen. Am Sonnabend wird auf dem Marktplatz eine Wiederholung des „Egmont" gegeben, wozu Karten in der Geschäftsstelle der „Harzer Volksstimme" erhältlich sind.

Aus Halberstadt.

Ein Referendar als Judenhetzer.

Zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vor dem Landgericht Halberstadt hatte sich der Gerichtsreferendar Lange aus Quedlinburg zu verantworten, der am 12. Juni 1927 bei einem Platzkonzert der Hafenkreuzler in Quedlinburg Plakate ausgehängt hatte, die die jüdischen Volksgenossen aufs Schwerste beschimpften. Auf einem Bilde war zu sehen, wie Juden einen Schulsungen abschlachten, auf einem anderen Bilde, wie ein junges nichtjüdisches Weib an einen Juden verkuppelt wird. Ein anderes Bild zeigte einen Juden, der die Brandfackel an ein Kruzifix legt, ein weiteres einen Juden, der mit teuflischem Grinsen einen Geldsack, den ein Kreuz ziert, hoch hält, wieder ein anderes einen Juden, der auf eine unter seinem Fenster vorbeigehende Frau speit usw.

Durch Urteil des hiesigen Schöffengerichts vom 15. November 1927 war der Angeklagte zu drei Tagen Gefängnis bzw. 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Hiergegen hatten Staatsanwalt und Angeklagter Berufung eingelegt. Es wurde zunächst in der gestrigen Verhandlung der Angeklagte vernommen. Er gibt zu, die Bilder ausgehängt zu haben, und ist fest von dem Ritualmord überzeugt. Alles, was in den Bildern steht, die er dem Illustrierten Beobachter entnommen hätte, stimme. Die Verbreitung fremder Gotteslästerung wäre nicht strafbar. Es müßte ihm auch nachgewiesen werden, daß er sich die fremden Beleidigungen zu eigen gemacht habe. Auf Befragen erklärte er, seine juristische Laufbahn aufgegeben zu haben, Geschäftsführer bei den Nationalsozialisten zu sein, und 120 Mark im Monat verdiene. Dann wurden die Zeugen, 5 Personen aus Quedlinburg, vernommen, die die Bilder schrecklich fanden. Der Angeklagte beantragt, die beiden Sachverständigen abzulehnen, Pastor Windfuhr-Hamburg sei Philosemit und der andere Sachverständige Rabbiner.

Der Staatsanwalt widerspricht dem. Nach kurzer Beratung verkündet das Gericht den Beschluß, daß Pastor Windfuhr als Sachverständiger gehört werden solle, während Rabbiner Dr. Auerbach abgelehnt sei. Das Gericht sei zwar durchaus der Ueberzeugung, daß der letzte Sachverständige objektiv sein Gutachten abgeben werde, es stehe aber auf dem Standpunkt, daß man den Bedenken des Angeklagten folgen müsse. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Löwenheim bedauert, daß der Angeklagte diese Ablehnung nicht früher vorgebracht habe. Er habe sich ja vorher auch schon auf das Zeugnis eines Rabbiners berufen.

Darauf wurde in die Vernehmung des Sachverständigen, Pastor Windfuhr-Hamburg, eingetreten, der darlegte, daß der Talmud uralt sei und für die damaligen Verhältnisse geschrieben wäre. Man könnte nicht willkürlich Sätze herausgreifen und sie für die Gegenwart anwenden. Im übrigen sei es so, daß der Talmud nur noch Geltung für das Religionsleben der Juden habe. Der Talmud selbst sei auch garnicht ein Gesetz, aus dem man bestimmt ersehen könne, was Recht sei und was nicht, sondern mehr ein Protokoll. Eine Versammlung jüdischer Geistlicher beriet über die 5 Bücher Mose, welche genau bestimmen, was ge- und was verboten ist, und diese Diskussion stelle den Talmud dar. Es könne bei Zitaten sehr leicht möglich sein, daß man solche herausgreife, die ein Schriftgelehrter anwandte, um eine Sache zur Ablehnung zu bringen. Aus dem Zusammenhang gerissen würden sie sich aber wie ein Gebot lesen. Dem Sachverständigen war es übrigens ein Leichtes, nachzuweisen, daß die meisten Unterschriften und Zitate unter den Bildern falsch waren. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis oder 300 Mark Geldstrafe wegen der bisherigen Unbestraftheit, Einziehung der Plakate, der Zeitungen des Illustrierten Beobachters, die die Bilder enthielten und Vernichtung der betr. Druckstöcke. Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung den Angeklagten zu 3 Wochen Gefängnis, die aber wegen der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten in 200 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden, Tragung der Kosten und folgte im übrigen dem Staatsanwalt.

— **Volkslanzlehrgang des Jugendamtes.** Die angemeldeten Teilnehmer versammeln sich erstmalig Montag den 11. Juni im Marie-Hauptmannstift und zwar die Lehrerinnen der Schulabteilungen am nachmittag — 16½ Uhr —, die Teilnehmer aus den Jugendvereinen am abend — 19½ Uhr —. Für zweckmäßige Kleidung und Fußbekleidung ist Sorge zu tragen.

Aus dem Vorstand des Preußischen Landkreistages.

Parität zwischen Stadt und Land, Verwaltungsreform, kommunale Gebietsveränderung, Großstädte und Landkreise, Pflege der Landkultur, Berücksichtigung des allgemeinen Volkswohls.

Nachdem die Wahlen beendet sind und die Parlamente sich zu neuer Arbeit rüsten, treten auch an den Vorstand des Landkreistages wichtige Entscheidungen heran. Für die nächste Zukunft wird in Preußen das Wort Verwaltungsreform eine große Rolle spielen. Da die Verwaltungsreform von einflußreichen Kreisen auch dahin aufgefaßt wird, daß hinsichtlich der kommunalen Abgrenzung namhafte Aenderungen vorgenommen werden sollen, tritt diese Frage für die Landkreise in ein akutes Stadium. Die Erfahrung, die die Landkreise bei den bisherigen Eingemeindungen machten, zeigen, daß die größte Gefahr besteht. Die dauernde Schwächung der Landkreise durch die Auskreisung von Städten, die Gebietsverringerung der Landkreise durch die Eingemeindung nach den Großstädten hin, sind auf den besten Wege, die Parität zwischen Stadt und Land noch mehr als bisher zu verschieben. Die Landkreise und ihre Spitzenorganisation, der Landkreistag, müssen verlangen, daß bei den zukünftigen Reformarbeiten ihre tätige Mitwirkung gewährleistet ist. Es ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches sondern auch ein eminent staats- und sozialpolitisches Problem, die Landkreise in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die Kreise müssen in der Lage sein, die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben für ihre Bevölkerung genau so zu erfüllen wie das der Großstadt möglich ist. Sollte dieser Grundsatz bei den zukünftigen Maßnahmen des Staates auf dem Gebiete der Verwaltungsreform verletzt werden, so würde das seine wirtschaftspolitische Auswirkung auch dahingehend finden, daß die Bevölkerung des flachen Landes weiterhin verkümmert. Die Heimeinnahme immer größerer ländlicher Gebiete in die Großstädte verschärft unstreitig die Agrarkrise, die wie im Wahlkampf, so bei den vorbereitenden Besprechungen der Fraktionen eine maßgebende Rolle spielt. Die Tatsache, daß der Gesamtverlust der Landkreise seit 1900 4,6 Millionen Einwohner beträgt, und daß sich dieser Verlust in den letzten 10 Jahren gegenüber der vorhergehenden Periode verviefacht hat, gibt zu denken. Die Landkreise verschließen sich durchaus nicht der Mitarbeit bei notwendigen Reformen. Sie müssen jedoch verlangen, daß ihnen nicht ohne Notwendigkeit Gebietsteile entzogen werden. Vor allen Dingen legt der Vorstand des Landkreistages Wert darauf, daß bei den zukünftigen Maßnahmen der Parlamente eine klare Programmlinie für die Behandlung von Eingemeindungsfragen herausgearbeitet wird. Das bei der Lösung dieser Eingemeindungsfragen die Leiter der Landkreise in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Bevölkerung dasselbe Recht haben sollen, wie die Leiter der Großstädte, ist eine selbstverständliche Forderung.

Um den Landkreisen entsprechend der zeuzeitlichen schnellen Entwicklung auf allen Gebieten Bewegungsfreiheit und Elastizität, größere Selbständigkeit und Widerstandskraft zu geben, erscheint eine zweckmäßige Aenderung der Kreisordnung geboten. Die Regierung hat sich dieser Auffassung angeschlossen, indem sie schon im Jahre 1922 eine Reform derr Keisordnung gewollt. Daß diese Reform einer sorgfältigen Vorbereitung bedarf, ist deshalb so klar, weil sie für die Entwicklung der Landkreise in der nächsten, recht schwierigen Zeitperiode die Grundlage ihres Wirkens darstellen soll. Der Preußische Landkreistag wird diesem Problem seine größte Aufmerksamkeit widmen, um die Interessen des Landvolkes bei der Lösung der schwebenden großen Fragen zu wahren. Er wird in dieser Schicksalsstunde, in der die Landkreise sich hinsichtlich ihrer ferneren Wirkungsmöglichkeit innerhalb des Volksganzen befinden, unter Verzicht auf machtpolitische Bestrebungen seine Tätigkeit ausschließlich leiten lassen von den beiden Gesichtspunkten der Erhaltung der Landkultur und der Berücksichtigung des allgemeinen Volkswohls.

---

* **Sängerbund.** Sonntag vormittag um 10 Uhr im Gewerkschaftshause Gesamtprobe zum Gartenkonzert. Es darf niemand fehlen.

* **Reichswanderausstellung handwerklich guter und wohlfeiler Bucheinbände (Re-Ha-Bu).** In Halle im Roten Turm am Marktplatz wird heute eine Ausstellung von Bucheinbänden eröffnet, die nicht nur für die fachlichen Kreise, sondern für das gesamte bücherkaufende Publikum von großem Interesse sein wird. Die Ausstellung umfaßt gegen 1000 Bucheinbände und zeigt an Beispielen, daß mit einfachen Mitteln auch ein künstlerisch und geschmacklich hochstehender Bucheinband geschaffen werden kann, der weitesten Kreisen zugänglich ist. Der Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob bringt diesen Bestrebungen sein ganz besonderes Interesse entgegen und wird persönlich der Eröffnung beiwohnen. Dem Ehrenausschuß gehören u. a. Prof. Dr. h. c. Thomas Mann-München, Professor Dr. h. c. Walter Tiemann-Leipzig, Geh. Hofrat Dr. Ludwig Volkmann-Leipzig und Fedor von Zobeltitz-Berlin an.

Z. N. **Fremdenverkehr im Mai.** Das Verkehrs- und Wirtschaftsamt teilt uns mit: Die statistischen Feststellungen der Polizei über den Fremdenverkehr im Monat Mai bestätigen aufs Neue unsere letzte Mitteilung: Es ist bei den Hotel-Uebernachtungen gegenüber einer nicht sehr beträchtlichen Steigerung der Personenzahl eine erfreuliche Steigerung der Uebernachtungen festzustellen. Im vorigen Jahre wurden für den Mai 3127 Hotel-Uebernachtungen gemeldet, in diesem Jahre 3323. Bei diesen Zahlen sind selbstverständlich nicht berücksichtigt die anläßlich der D-Motorrad-Sternfahrt der Deutschen Industrie-Werke in privaten bzw. Notquartieren untergebrachten Fremden, deren Zahl nach den vom Verkehrsamt ausgegebenen Uebernachtungskarten etwa 1380 beiträg. Allerdings werden mit dieser Zahl zweifellos nicht alle Motorradfahrer erfaßt, die hier übernachtet haben. Es sind uns eine große Anzahl von Fällen bekannt geworden, in denen Motorradfahrer auf gut Glück in Häusern unserer Stadt nach Quartier gefragt haben und von den betreffenden Wohnungsinhabern auf irgend eine Weise untergebracht worden sind. Im ganzen dürfte jedenfalls die statistische Feststellung über den Fremdenverkehr im Monat Mai erneut bestätigen daß unser Fremdenverkehr stark im Steigen begriffen ist. Auch die Zählungen der Auskünfte in der Auskunftsstelle unseres Städt. Verkehrsamtes bestätigen dies. Im Monat Mai sind dort 2536 Auskünfte erteilt worden.

Die ganze Welt im eigenen Heim

Nichts Schöneres gibt es, als sich — gemütlich daheim sitzend — alle fernen Sendestationen „heranzuholen".

Man weiß ja auch genau, ob Rom, ob Paris jetzt sendet / was Lengenberg jetzt bringt und welche Musik gerade aus Barcelona ertönt...

denn: „Der Deutsche Rundfunk", die älteste und größte Funkzeitschrift, bringt ja wöchentlich alle ausführlichen Programme aller in- und ausländischen Sender.

Heft 30 Pf. Monatsbezug RM 2.– durch das Postamt od. eine Buchhandlung. Probeheft umsonst vom Verlag, Berlin N 24

Und sie verschwanden.

Und Dodd war wieder allein. Er schraubte jedoch nicht die Gaskrone auseinander, sondern ging sofort dem Wandschränkchen zu Leibe. Das nicht allzu kunstvoll gebaute Schloß konnte seiner langjährigen Uebung und seinem Wunderdietrich nicht widerstehen. Die Tür gab nach, aber die zwei Millionen Dollar kamen leider nicht zum Vorschein. Nur ein kleinerer Betrag an Bargeld war vorhanden.

Was aber sein höchstes Interesse hervorrief, das war der Pfandschein und das Telegrammformular, auf dem drei lange Reihen von Ziffern standen. Die Unterschrift lautete Peter.

Dodd setzte sich an den Schreibtisch und nahm rasch eine Abschrift von diesen beiden Schriftstücken. Auch die Umhüllung des Pakets, die der Rat in den Papierkorb geworfen hatte, steckte er ein. Dann legte er Pfandschein und Telegramm zurück und verschloß den Schrank. Noch eine halbe Stunde suchte er in der Wohnung herum, bis er sich zu der Ueberzeugung bequemen mußte, daß die Doppelmillion nicht in den unteren Räumlichkeiten des 25. Hauses auf der Feldstraße versteckt war.

„Sind Sie endlich fertig?" giftete sich die Haushälterin, als er die Haustür öffnete. „Drehen Sie einmal Ihre Taschen um."

„Guten Abend!" brummte Dodd und verzog sich.

Im Hotel angekommen, verwandelte er sich wieder in den Gentleman und machte sich an die Enträtselung der Ziffernreihen. Bald hatte er den Schlüssel gefunden und konnte die Worte zusammenstellen: Erst Berlin. Zeit und Treffpunkt folgen. Tausend Küsse Peter.

Dann prüfte er die Umhüllung des Pakets. Es war vorgestern in Breslau aufgegeben worden.

Bald darauf hatte auch der Onkel das Telegramm entziffert. Polly wollte sofort nach Berlin abreisen. Aber der Onkel mahnte zur Geduld

Nachdenklich schritt Dodd in seinem Zimmer auf und ab. Der Defrendant stand, wer weiß wie lange schon, mit dem Landgerichtsrat in Lesten: Einvernehmen, und durch ihn war Polly mit ins Komplott gezogen worden.

„Sie weiß nicht, was sie tut!" stöhnte Dodd und raufte sich das Haar. „Um sie zu retten, muß er vernichtet werden! Es gibt keinen andern Weg."

Er holte nun aus seinem großen Koffer zwei seine stählerne Handfesseln, steckte die eine in die Tasche seines neuen Ueberrocks, und die ander. in die Handtasche. Darauf ließ er sich mit dem Hause Feldstraße 25 verbinden, und es meldete sich die Haushälterin. Er gab sich zu erkennen und bat um ihre Hilfe. Dazu war sie mit Freuden bereit.

„Ich muß Sie heute abend noch sprechen!" sagte er. „Ich bin gegen elf Uhr an der Küchentür."

Die unverheiratete Maria Zippel erwartete ihn und ließ ihn ein.

„Sie sind schon zu Bett gegangen!" flüsterte sie. „Beide!"

„Allright!" nickte er. „Gegen den Landgerichtsrat habe ich nichts. Aber diese sogenannte Nichte ist höchst gefährlich. Ich will ja nicht behaupten, daß sie ihm nach dem Leben trachtet, aber passen Sie ganz scharf auf, sie hat es jedenfalls auf ihn abgesehen."

„O Gott!" entfuhr es der Haushälterin. „Ich denke, die ist schon verheiratet!"

„Eine Amerikanerin setzt sich über alles hinweg. Horchen Sie nur fleißig an den Türen. Sie erweisen dem Herrn Rat einen großen Dienst damit. Er wird es Ihnen später noch einmal danken, wenn er es jetzt auch noch nicht einsieht. Schreiben Sie alles, was Sie sehen und hören, auf, und schicken Sie es mir ins Hotel. Vor allen Dingen suchen Sie die Telegramme zu ermischen. Durchsuchen Sie stets den Papierkorb. Das ist sehr wichtig. Die Telegramme die nur aus Ziffern bestehen, sind mir besonders wertvoll. Wenn irgend etwas am Tage vorfällt, komme ich um elf Uhr abends hierher. Es soll Ihr Schaden nicht sein."

Und damit drückte er ihr eine Fünfdollarnote in die Hand.

Aber es kam vorläufig nichts an den Tag, wie sehr auch die Haushälterin die Ohren spitzte und den Papierkorp durchwühlte. Es kam kein Telegramm aus Berlin noch sonst woher.

Aber Dodd war zäh und blieb in Strienau. Solange Polly da war, hatte er nicht den geringsten Grund, abzureisen. Wie die Sachen jetzt lagen, brauchte er sich nur an ihre Fersen zu heften, um sicher auf Peter Voß zu stoßen.

Am vierten Abend nach der Flucht ging Dodd in der Dämmerung über die Bahnhofstraße. Der Landgerichtsrat und Polly kamen ihm entgegen. Schnell drückte er sich in den Schatten eines Baumes und hörte, wie Polly eigenartig warm auflachte und sich eng an den alten Herrn schmiegte.

„Auch das noch!" knirschte Dodd und schaute ihnen nach wie ein endgültig abgeblitzter Nebenbuhler. „Aber so sind die Weiber!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0006

Aus Osterwieck.

— (Motorfahrer und Radler.) An der Straßenkreuzung Luisenallee-Goslarerstraße überfuhr ein hiesiger Motorfahrer von hinten zwei Radfahrer. Die Folge dieser Motorraserei war, daß alle drei stürzten und sich Verletzungen zuzogen, wenngleich der Zusammenstoß noch verhältnismäßig glimpflich ablief. Mehr Rücksichtnahme aller Kraftfahrer gegen alle einfachen Radfahrer und Passanten sollte endlich eine selbstverständliche Pflicht sein.

— (Die Volksbücherei) ist fortan jeden Dienstagabend von ½18—19 Uhr geöffnet. Bücher, die sich länger als drei Wochen in den Händen der Leser befinden, müssen wegen Bestandaufnahme zurückgegeben werden, andernfalls wird für jedes Buch eine Mahngebühr von 30 Pfg. und für je 14 Tage Verzug eine Lesegebühr von 10 Pfg. erhoben.

— (Rückständige Steuern.) Erinnert wird an die Einzahlung der rückständigen Hundesteuer für April bis Juni und an die Biersteuer für April und Mai, die bis zum 12. d. Mts. zu erfolgen hat.

— (Als gefährlicher Schädling der Schonungen) tritt schon seit längerer Zeit im Kirchbergsforst die Waldmaus auf, die an einer großen Anzahl von Jungwuchsgruppen durch Abschälen der Rinde großen Schaden angerichtet hat. Bei der starken Vermehrung dieser Nager ist es schwer, ihnen mit den üblichen Vertilgungsmitteln beizukommen. Darum müssen ganz besonders ihre natürlichen Feinde in der Tierwelt, wie Fuchs, Bussard und Eulen geschont werden.

Aus Schwanebeck.

— (Ungepflegte Gräber.) Die hiesige Polizeiverwaltung macht darauf aufmerksam, daß auf dem städtischen Friedhof eine große Zahl Gräber ungepflegt bleiben, und hat die Angehörigen aufgefordert, die Pflege sofort nachzuholen, widrigenfalls die Gräber bei weiterer Verwahrlosung eingeebnet werden.

— (SPD.-Mitgliederversammlung). Am 6. Juni fand die Monatsversammlung der SPD. statt. Der Vorsitzende Genosse Kloke eröffnete sie, indem er allen Genossen und Genossinnen den Dank der Bezirksleitung aussprach dafür, daß sie in so reger Weise zu dem guten Wahlergebnis in Schwanebeck beigetragen haben. Anderseits habe aber auch der günstige Abschluß der diesjährigen Maifeier und eine rege Sammeltätigkeit, für die den in Frage kommenden Genossen der Dank nicht vorenthalten werden soll, es uns ermöglicht, eine ziemlich großzügige Wahlpropaganda zu betreiben. Weiter wurde befürwortet, daß, wenn Geschäftsleute, die uns auf diese oder jene Art unterstützten, von der Gegenseite boykottiert werden sollten, es unsere Pflicht und Schuldigkeit ist, etwaigen Schaden ausgleichen zu helfen. Gen. Kloke ging dann zu einer ziemlich scharfen Kritik an die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetensitzung über und sprach den Wunsch aus, unsere Vertreter möchten bei nächster Gelegenheit der so beliebten Abdrosselungspolitik einiger bürgerlicher Vertreter etwas schärfer entgegentreten, wie er auch die allgemein gebilligte Ansicht vertrat, daß ein schärferes Entgegentreten evtl. ein Verlassen des Sitzungszimmers als die richtigste Antwort am Platze gewesen wäre, als Stadtv. Finzel (B.) bei der Bewilligung des Ebertbildes sich gleicherweise über den jetzigen wie über den verstorbenen Reichspräsidenten abfällig aussprach. All dies löste eine lebhafte Debatte aus, die darauf hinauslief, aus diesen Vorgängen die Lehre zu ziehen, auch bei den Kommunal- und Kreistagswahlen alle Kräfte einzusetzen, um auch da ein für uns den Reichs- und Landtagswahlen gleich günstiges Ergebnis zu erzielen. Des weiteren wurden die Elternbeiratswahlen besprochen, wofür innerhalb der Elternschaft leider wenig Verständnis vorhanden sei, aber man dürfe dies Bindeglied zwischen Schule und Haus nicht vernachlässigen. Die Bearbeitung dieser Angelegenheit wurde dem Vorstand überlassen. Gen. Winter als Vorsitzende der Frauengruppe (Arbeiterwohlfahrt) gab Bericht über die nach Ostern erfolgte Kinderspeisung, bei der 4 Wochen lang 50 Schulkindern täglich ein warmes Frühstück gereicht wurde, zu dem für 24 Kinder von der Arbeiterwohlfahrt, für 26 Kinder die Mittel von der Stadt gestellt wurden. Die Speisung wurde von den Kindern mit großer Freude aufgenommen, und es wurde bedauert, daß sie bei leider beschränkten Mitteln nicht des öfteren wiederholt werden kann. Es ist aber in Aussicht genommen, zwecks einer ähnlichen Einrichtung bei Schulwanderungen sich mit den Schulbehörden in Verbindung zu setzen. Auch wurde angeregt, im Herbst einen Wohlfahrtsabend zu veranstalten. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer ständigen Mitgliederwerbung wurde die sehr anregende Versammlung in später Stunde geschlossen.

Aus Quedlinburg.

Der Quedlinburger Arbeitsmarkt im Monat Mai.

Die Lage des Arbeitsamtes für Männer hat sich im Berichtsmonat weiter, wenn auch langsam, aber doch fortlaufend, gebessert, dagegen hat sich die Lage auf dem Frauenarbeitsmarkt etwas verschlechtert. Die Gesamtlage im Stadtbezirk muß immer noch als „sehr ungünstig" bezeichnet werden. Die Besserung auf dem Männer-Arbeitsmarkt trat dadurch ein, daß fast das gesamte Bauhandwerk vollbeschäftigt ist, die Verschlechterung auf dem Frauen-Arbeitsmarkt dadurch, daß bei einer Firma die Laboratoriumsarbeiten beendet wurden.

Die Landwirtschaft forderte nur weibliche Arbeitskräfte und junge Burschen an, auch nach der Altmark wurden Burschen überwiesen.

In der Metall- und Maschinenindustrie wird bei zwei Firmen verkürzt gearbeitet. Eine Firma nahm verschiedene Entlassungen vor. Mehrere Klempner wurden nach auswärts vermittelt.

Das Bauhandwerk ist mit Ausnahme von einigen nicht voll arbeitsfähigen Kräften fast voll beschäftigt.

Auf dem Frauenarbeitsmarkt fehlt es hauptsächlich an Hauspersonal.

Zurzeit sind gemeldet: 946 Arbeitsuchende (748 Männer und 198 Frauen). Arbeitslosenunterstützung beziehen 375 Hauptunterstützungsempfänger (334 Männer und 41 Frauen). Krisenunterstützung beziehen außerdem 257 Hauptunterstützungsempfänger (250 Männer und 7 Frauen). Unterstützung aus der Allgemeinen Fürsorge beziehen 73 Arbeitslose (57 Männer und 16 Frauen.)

Notstandsarbeit verrichten z. Zt. 25 Arbeitslose (6 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 19 Krisenunterstützungsempfänger). Sie sind bei folgenden Arbeiten beschäftigt: Regulierung der Bodeufer und Geländeregulierung am Viktorshöhenweg.

Die Unterstützten gehören nachstehenden Berufen an:

Gärtnerei und Landwirtschaft	71 Männer	1 Frauen
Metall- und Maschinenindustrie	171 Männer	— Frauen
Baugewerbe	24 Männer	— Frauen
Sonst. Facharbeiter a. Gewerbe u. Industrie	69 Männer	13 Frauen
Ungelernte Arbeiter u. Arbeiterinnen	177 Männer	20 Frauen
Angestellte aller Art	72 Männer	14 Frauen
zusammen	584 Männer	48 Frauen

Streiks, Aussperrungen und Betriebsstillegungen sind hier nicht bekannt geworden.

— (Trunksuchtsmittelschwindel.) Es kommt häufig vor, daß Heilmittel zur Bekämpfung der Trunksucht angepriesen werden. Diese Mittel sind alle ohne Ausnahme als wirkungslos zu bezeichnen. Wer mit ihnen handelt, schädigt bewußt oder unbewußt alle die, welche diese Mittel vertrauensvoll kaufen. Vor dem Bezug solcher Mittel muß dringend gewarnt werden. Die Trunksucht ist, wie jede andere Krankheit, zweifelsohne heilbar, aber nicht durch Geheimmittel, die dem Kranken mit oder ohne Wissen verabfolgt werden. Es wird darauf hingewiesen, wie ungerecht es ist, einen Trinker als minderwertigen Menschen zu behandeln. Er ist ein Kranker und bedarf, wie jeder andere Kranke, tätiger Hilfe. Er muß unterstützt werden, indem ihm vollkommene Enthaltsamkeit von alkoholischen Getränken, die die Voraussetzung der Heilung bildet, ermöglicht wird. Nicht geringschätzig soll er behandelt werden, weil er vielleicht eine Heilstätte für Alkoholkranke aufsucht. Eine derartige Heilanstaltsbehandlung ist oft nicht weniger notwendig, als etwa bei einem Lungenkranken, den deshalb doch kein Mensch gering schätzen wird.

— (Elternversammlung der Mummentalschule.) Am Freitag, den 8. d. Mts., abends 20 Uhr, findet im Konferenzzimmer der Mummentalschule die zweite Elternversammlung für die Wahl der Elternbeiräte der Mummentalschule statt. Allen Arbeitereltern, deren Kinder die Mummentalschule besuchen, empfehlen wir dringend die Teilnahme an dieser Versammlung.

— (Gautag des Zentralverbandes der Angestellten.) Am Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. d. Mts., findet in Thale der 8. Gautag des Gaues Mitteldeutschland des Zentralverbandes der Angestellten statt. Am Sonnabend, den 9. d. Mts., abends 8½ Uhr, beginnt der Begrüßungsabend im Hotel „Ritter Bodo". Die Tagung selbst findet dann am Sonntag ebenfalls im Hotel „Ritter Bodo" statt.

— (Quedlinburg doch Sitz eines Arbeitsamtes.) Wie wir erfahren, wird Quedlinburg nicht an den Arbeitsamtsbezirk Halberstadt angeschlossen, sondern bildet einen eigenen Bezirk. Ueber die Abgrenzung des Bezirkes werden wir noch berichten.

— (Straßenbauten.) Die Chaussee Quedlinburg-Weddersleben ist infolge Straßenpflasterungsarbeiten vorübergehend für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die schon vor längerer Zeit beschlossene Verbreiterung der Wipertistraße zwischen den beiden Friedhöfen soll demnächst in Angriff genommen werden. Es ist endlich an der Zeit, daß dieser unübersichtliche Teil der Straße Quedlinburg—Weddersleben übersichtlicher gestaltet wird. Hoffentlich denkt man auch bald an eine Veränderung der Straßenkreuzung Pölkenstraße-Weberstraße-Steinweg, wo fast täglich Verkehrsunfälle passieren.

Kreis Quedlinburg.

Harzgerode, 7. Juni. (Ein 83jähriger Gastwirt niedergeschlagen.) In Steinbrücken, einem kleinen, abgelegenen Harzdörfchen mit rund 80 Einwohnern, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein schweres Verbrechen verübt worden. Der in der Umgegend weit und breit bekannte und beliebte Gastwirt Alwin Weber, ein 83jähriger Greis, der zugleich Steuereinnehmer der Gemeinde ist, war abends von Aschersleben zurückgekommen und hatte sich zur Ruhe begeben. Gegen 11 Uhr abends schreckte er plötzlich aus dem Schlafe auf. Einbrecher waren durch das Dach in seine Schlafkammer gedrungen und durchsuchten dieselbe nach Geld. Als der alte Mann erwachte, fielen die Einbrecher über ihn her und schlugen mit eisernen Werkzeugen auf ihn ein, so daß er besinnungslos zusammenbrach und sie unerkannt und unbemerkt entkamen. Außer 450 Mark Steuergeleder sollen den Verbrechern noch andere Gelder in die Hände gefallen sein. An dem Aufkommen des bedauernswerten, alten Mannes wird gezweifelt.

Bad Suderode, 7. Juni. (Gemeindevorsteherwahl.) Am Mittwoch erfolgte hier im Rathaus die Wahl des Gemeindevorstehers sang- und klanglos, ohne Einleitung des Stellvertreters. Die bürgerliche Fraktion hatte sich geeinigt auf Polizeimajor a. D. Otto Schulte. Dieser erhielt 7 Stimmen, da die SPD. nur 4 Stimmen hat, und vorher einen Vorschlag an höherer Stelle präsentiert hatte, aber ohne Erfolg, gaben unsere Genossen weiße bzw. unbeschriebene Zettel ab. Die Wahl hat Gültigkeit bis zur Gemeindewahl im Herbst. Hoffen wir, daß dann eine andere Mehrheit in unser Gemeindeparlament einzieht, die wirklich das Allgemeinwohl achtet.

Weddersleben, 7. Juni. (Versammlung der SPD.-Frauengruppe.) Die Versammlung findet am Sonntag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Heinemann statt. Der Wichtigkeit halber ist vollzähliges Erscheinen erwünscht. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß unsere Monatsversammlung für den Monat Juli wegen der Autopartie ausfällt.

Genossenschaftliches.

Der Kampf gegen die Konsumvereine.

Ein politischer Spruch deutscher Richter.

Einen Entscheid, der ganz und gar an die Bekämpfung der Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen durch den wilhelminischen Polizeigeist erinnert, hat jetzt das Verwaltungsgericht in Leipzig gefällt. Die Vorgeschichte dieses fast komisch anmutenden Bocksprunges Leipziger Juristen in die Arena einer durchaus falschen Mittelstandspolitik ist kurz folgende: Die Stadtverordnetenversammlung in Leipzig hatte einen Beschluß gefaßt, wonach die Stadt Leipzig dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz beitritt. Die Stadtverordneten ließen sich dabei von Gründen leiten, die, von der Stadt zur Verfügung gestellten Gelder so anzuwenden, daß die Bedachten möglichst großen Nutzen von ihnen haben. Die Stadtväter sind erfreulicherweise von der Auffassung durchdrungen, die Vorteile, die die Genossenschaftsbewegung in besserer Qualität der Ware und billigeren Preisen bietet, den Unterstützungsempfängern zugänglich zu machen. Das Verwaltungsgericht in Leipzig erklärt aber, die Gründe der Leipziger Stadtverordneten seien — man hält das wirklich im neunten Jahr der Republik nicht mehr für möglich — politisch! In der Vorkriegszeit hat man wohl kaum mit lächerlicheren Gründen die Konsumbewegung zu bekämpfen versucht.

Gemäß dieser unbegreiflichen Erkenntnis hat das Verwaltungsgericht Leipzig den Beschluß der Leipziger Stadtverordnetenversammlung als ungesetzlich erklärt. In der Begründung stehen folgende für die Gedankenwelt unserer Juristen treffend bezeichnende Sätze: „Die Stärkung des genossenschaftlichen Gedankens gehört nicht zu den Belangen der örtlichen Gemeinschaft. Es ist nicht Aufgabe einer Gemeinde, im wirtschaftlichen Kampf eine besondere wirtschaftliche Einrichtung gegenüber anderen durch wirtschaftliche Unterstützung auf Kosten der Allgemeinheit zu fördern." Da wir nicht annehmen können, daß Juristen, die schließlich nicht im Hinterwalde oder auf dem Monde, sondern in einer großen Industrie- und Handelsstadt leben, so weit- und wirklichkeitsfremd sind, wie die obigen Sätze bezeugen, können wir nur zu dem Schluß kommen, daß hier mal wieder berüchtigte Mittelstandspolitik gemacht werden soll. Deshalb erklärt man eine Sache, die die Wohlfahrtspflege angeht und die mit Politik nichts zu tun hat, als politisch und zwingt die durch die Stadt Unterstützten, bei den Privathändlern zu kaufen. Die Entscheidung des Leipziger Verwaltungsgerichtes stellt sich als eine Willkür heraus, die sich die Oeffentlichkeit unmöglich gefallen lassen kann.

Auf zum 5. Deutschen Arbeiterjugendtag

Dortmund
4. und 5. August
1928

Unter den Schweinen der Firma Gebrüder Dippe (Schäferei in der Schäfergasse) ist die Schweinepest ausgebrochen.
Halberstadt, den 8. Juni 1928.
Die Polizeiverwaltung.

Technikum Wolfenbüttel.
Höhere Lehranstalt für Maschinenbau u. Elektrotechnik.
Prospekt
kostenlos unter Technikum Wolfenbüttel P. 23.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Oschersleben.

Am Sonnabend, den 9. Juni und Sonntag, den 10. Juni findet im „Stadtpark" unser
Kreis-Fest
mit Weihe einer Fahne statt.
Sonnabend 8 Uhr: Zapfenstreich und anschließend Kommers, Konzert und humorist. Unterhaltung.
Sonntag, 10. Juni, früh von 7 Uhr an Empfang der Gäste und Konzert im „Stadtpark".
Mittags 1½ Uhr: Festzug durch die Stadt! Auf dem Schützenplatz „Republikanische Kundgebung" und Weihe der Eilenstedter Fahne. Nach dem Umzug: Garten-Konzert von der Stadtkapelle und Ball im Saal.
Festbeitrag 50 Pfg.
Wir bitten um rege Beteiligung der Bevölkerung und Schmückung der Häuser mit Grünem und Fahnen.
Der Festausschuß.

Plüschsofas
Chaiselongues, Kleiderschränke, Ausziehtische, Bettstellen mit Spiralen und Auflеger, Flurgarderoben, Spiegel, Stühle u. a. m. billig zu verkaufen
Westendorf 6.

Kleine Anzeigen haben stets den größten Erfolg in einer Arbeiter-Zeitung! Darum inseriere im **Halberstädter Tageblatt**

Lacke? Farben? Schablonen? Pinsel?
Nur aus der Drogenhandlung
Otto Henicke
Spezial-Farbenhandlung

Schallplatten
Größte Auswahl bei
A. Neuhäuser
Spezialgeschäft
Harslebеrstraße Nr. 6

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. Ratsapotheke.

Aus Wernigerode

An die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, sind bis 15. Juni zu zahlen:
1. Grundvermögens- und Hauszinssteuer für Juni,
2. Gewerbelohnsummensteuer für Mai.
Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen zu entrichten; im Falle der Mahnung und Zwangsvollstreckung entstehen weitere Kosten.
Wernigerode, den 5. Juni 1928.
Der Magistrat (Steueramt).

Kammer-Lichtspiele
Wernigerode
Freitag bis einschl. Montag
— 1. —
Das ergreifendste Filmwerk der Gegenwart:
Das vierte Gebot!
Das Lebensschicksal zweier Mütter in 7 Akten.
— 2. —
Carlo Aldini
Grit Haid - Herm. Picha - Siegfried Arno
in dem sensationellen und unterhaltenden Großfilm:
Der Mann ohne Kopf!!
Ein Sensations-Schauspiel in 7 Akten.

Sonnabend, d. 9. Juni, 8½ Uhr
Egmont
Goethe — Beethoven
Preise: 0.50 bis 5 Mk.
Vorverkauf: Geschäftsstelle „Harzer Volksstimme"
und für Halberstadt bei C. Rummert, Anzeigenbüro, Fischmarkt

Neuer Nebenverdienst
Schließfach 30, Hohenstein-Er.

Freibank
Sonnabend von 9—1 Uhr ein großer Posten
Fleisch.

Billig erhalten Sie:
Rund-Holz
Piassava-Besen
extra steif und voll gebunden, in prima Qualität bei
Richard Rößler

Bettstellen
in Holz und Metall in jeder Preislage, Schlafzimmer, Küchen, Diwans, Chaiselongues, Federbetten kaufen Sie bei ⅓ Anzahlung und bequemen Teilzahlungen nur im
Bettenhaus Otto

Tausende haben gekauft, Tausende sind zufrieden!

Besichtigen Sie die Auswahl! Beachten Sie die Preise!

Wer die günstige Gelegenheit zu Anschaffungen für jeden Bedarf noch nicht ausgenutzt hat, komme im eigensten Interesse sofort! Die **SERIEN-TAGE** mit ihren billigen Angeboten dauern nur noch kurze Zeit!

ADOLF EBSTEIN

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes sage ich auf diesem Wege allen für das letzte Geleit und Kranzspenden meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Matthess für seine trostreichen Worte am Sarge wie am Grabe

Ida Götze und Sohn

Für die uns so reichlich erwiesenen Aufmerksamkeiten beim Ableben unseres lieben Vaters möchten wir hiermit unseren

verbindlichsten Dank

aussprechen. Besonderen Dank Herrn Pastor Wätzold für die trostreichen Worte sowie Vaters früheren Kollegen der Gas- und Wasserwerke.

Halberstadt, den 8. Juni 1928.

Geschwister Hering.

Infolge Unglücksfalles starb unser Vereinsmitglied, der Schreberbruder

Herr Paul Gollnick.

Seit Gründung des Vereins war er ein strebsames, eifriges Mitglied.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Kleingartenverein „Dr. Hauschild" E.V.

Der Vorstand.

Kirschen-Verpachtung.

Die Verpachtung der diesjährigen Ernte der Kirschenbäume an den Kreisstraßen im ganzen Kreise erfolgt in Oschersleben am

Donnerstag, den 14. Juni 1928, vorm. 9 Uhr

im Landhause.

Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben. Die Pachtsumme ist sofort nach der Zuschlagserteilung im Termin zu zahlen.

Oschersleben (Bode), den 5 Juni 1928.

Der Kreisausschuß. Kreisbauamt.

Bekanntmachung.

Zur öffentlichen meistbietenden **Verpachtung der diesjährigen Ernte** von den der **Stadt Wegeleben gehörigen Kirschbäumen** am

1. Quedlinburger- und Faulenwege.
2. Halberstädterwege
3. Tristwege vom Goldbach zum neuen Stadtweg u.
4. Tristwege zur Eile

ist Termin auf

Dienstag, den 12. Juni d. Js., nachm. 5 Uhr

im Zimmer Nr. 1 des hiesigen Rathauses anberaumt. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gemacht und können vorher während der üblichen Dienststunden im Zimmer Nr. 4 des Rathauses eingesehen werden.

Wegeleben, den 7. Juni 1928.

Der Magistrat.

Nach einem arbeitsreichen Leben entschlief gestern abend 7½ Uhr nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Witwe Marie Deichfuß

im 69. Lebensjahre.

Halberstadt, den 8. Juni 1928.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Otto Deichfuß und Frau, Hedwig geb. Wöller
Reinhold Deichfuß und Frau, Marie geb. Kühnert
Martha Wolff geb. Deichfuß
Walter Deichfuß und Frau, Klara geb. Neubert
Hermann Wolff
und 5 Enkelkinder

Die Beerdigung findet Montag, den 11. Juni, nachm. 2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt. Etwaige Kranzspenden erbeten nach Gneisenaustraße 64, 1 Treppe.

Schöner Tisch
für Baubüro oder dergl. passend (Länge 1,26 cm, Breite 87 cm, Höhe 92 cm) billig abzugeben. Zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Zeitg.

U. Lindenbaum!
Sonnabend bestimmt!

Kristall
Die solideste, echteste Tischdecke
Jedes Stück trägt die eingewebte Schutzmarke
„Kristall"
In großer Auswahl bei
Heinrich May
Hoheweg 30/32

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch.

Aufforderung

zur Einreichung von Vorschlagslisten zur Bildung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Nordharz.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nach Anhörung der Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter und öffentlichen Arbeitsnachweise und im Benehmen mit den obersten Landesbehörden unterm 24. Mai 1928 den Bezirk des Arbeitsamts Nordharz wie folgt festgesetzt:

die Kreise Halberstadt—Stadt,
Halberstadt—Land,
Oschersleben,

aus dem Kreise Wanzleben: Stadtgemeinde Hadmersleben mit Gutsbezirk, Landgemeinde Kl.-Oschersleben mit Gutsbezirk, Gutsbezirk Beseckendorf,

aus dem Kreise Ballenstedt: Stadtgemeinde Gr.-Alsleben, Landgemeinde Aikendorf, Kl.-Alsleben,

Grafschaft Wernigerode.

Für den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts sind als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 7 Beisitzer zu bestellen. Auf den Beisitzer entfällt ein Stellvertreter.

Ich fordere die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf, mir **bis spätestens 25. Juni 1928** Vorschlagslisten für die Bestellung der Beisitzer und Stellvertreter einzureichen. Hierbei ist seitens der Arbeitgebervereinigungen die Zahl der bei ihnen im Bezirk des Arbeitsamts Nordharz beschäftigten Arbeitnehmer und seitens der Arbeitnehmervereinigungen die Zahl der im Bezirk des Arbeitsamts Nordharz ihnen angehörenden Mitglieder anzugeben.

Als fristgerecht eingereicht gelten die Vorschlagslisten, die nach dem Ausweis des Poststempels bis 25. Juni 1928, 24 Uhr aufgegeben sind.

Auf die Bestimmung, nach der für die Bestellung der Beisitzer und Stellvertreter die Reihenfolge in jeder Vorschlagsliste maßgebend ist, weise ich besonders hin.

Die Vorgeschlagenen müssen Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein. Sie müssen seit mindestens 6 Monaten im Bezirk des Arbeitsamts Nordharz wohnen oder regelmäßig tätig sein. Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dürfen nicht als Beisitzer berufen werden.

In den Organen der Reichsanstalt sollen Frauen vertreten sein. Außerdem muß sich unter den Vertretern der Arbeitnehmer mindestens ein Angestellter befinden.

Erfurt, den 5. Juni 1928.
Trommsdorffstr. (Feuerbeschule).

Der Präsident
des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland.
Dr. Löblich.

Veröffentlicht
Halberstadt, den 8. Juni 1928.

Das Arbeitsamt Halberstadt-Stadt.
Pulvermann.

Der diesjährige Ertrag an **Süß- und Sauerkirschen** an den Bäumen der folgenden städtischen Landstraßen und Anpflanzungen soll öffentlich meistbietend **verpachtet** werden:

1. Westerhäuserstraße, einschließlich Hoblweg
2. Plan 1836 am Südhang der Ausberge
3. Blankenburgerweg von der Goldbachbrücke bis zum Landhaus, einschließlich der am Nordrand des zum Stadtgut Spiegelsberge gehörigen Ackerplanes angepflanzten Bäume (südlich des Goldbaches)
4. Groß-Quenstedter Landstraße.

Termin zur Verpachtung wird auf

Mittwoch, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr

in der Wehrstedt'schen Gastwirtschaft (Wintergarten) am Fischmarkt festgesetzt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Zuschläge nur erteilt werden, wenn die Hälfte der Pacht sofort im Termin, die andere Hälfte bis 1. Juli gezahlt wird. Die näheren Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben, können aber schon vorher im Zimmer 5 des Domprosteigebäudes eingesehen werden. Wir laden Pachtlustige hierzu ein.

Halberstadt, den 5. Juni 1928.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der diesjährige Kirschenanhang der Gemeinde an den Sand- und Schüllenwegen soll **am Montag, den 11. Juni 1928, vorm. 11 Uhr** im Schütze'schen Gasthofe hierselbst meistbietend verkauft werden. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Gatersleben, den 5. Juni 1928.

Der Gemeindevorsteher.
Eßmann.

Frauenverband der Provinz Sachsen

Hauptversammlung in Halberstadt
am 16. und 17. Juni 1928
Vortragssaal Harmonie, Spiegelstraße
(Endstation der Straßenbahnlinie 2)

*

Sonnabend, 16. Juni, nachmittags 3 Uhr:
Neue Typen im Mädchenschulwesen. Vorträge:
1. Die Werkoberschule und ihre Berechtigungen.
Ref.: Frau Oberstud.-Direktor. Dr. Meyer-Kulenkampff, Halle a. S.
2. Die neue Form des Oberlyceums.
Referentin: Frau Studienrätin Dr. Fricke, Bernburg.
Aussprache.

abends 8 Uhr: Vortrag: Die Provinz Sachsen.
Referent: Landesrat Dr. Berger, Merseburg.

Sonntag, 17. Juni, morgens 9¼ Uhr:
Geschäftlicher Teil: a) Jahres- und Kassenbericht
b) Wahlen
c) Berichte angeschlossener Vereine, bis jetzt gemeldet
1. Altersheim Neuhaldensleben
2. Alkoholfreie Ausschankstellen in behördlichen Räumen.

12½ Uhr: Eröffnung und Besichtigung der Ausstellung von Graphiken der Gesellschaft für Volksbildung.
Einleitender Vortrag: Herr Wilmers, Berlin.

nachmittags 1½ Uhr: Gemeinsames Mittagessen in der Harmonie.

3 Uhr: Besichtigung des Domes u. der Liebfrauenkirche unter Führung von Herrn Stadtbaurat Simning, Halberstadt.

4 Uhr: Vortrag mit Lichtbildern: Rathäuser und Bürgerbauten in unserer Provinz.
Referentin: Fräulein Grete Brandt, Magdeburg, Assistentin am Kaiser-Friedrich-Museum.

Die gesamte Tagung, sowie alle Vorträge sind **öffentlich**. Damen u. Herren herzlich willkommen.
Karten für die ganze Tagung 1.50 Mark, Einzeltag 1.00 Mark. Karten für Schülerinnen im Vorverkauf für die ganze Tagung 1.00 Mk., Einzeltag 0.50 Mk.
Gemeinsames Mittagessen 1.50 Mark.

Für Tapf u. Pfanne Alu Feinkost-Marg. aus der Wanne Pfd. 90 Pfg.

Arbeiter-Sport-Kartell Thale a. H.
Am 9. und 10. Juni 1928

Reichsarbeiter-Sport-Tag.

Bühnen-Sport-Abend am 9. Juni, abends 8 Uhr im Gasthof zur grünen Tanne.
Sport-Wettkämpfe am Sonntag, den 10. Juni. Beginn 6 Uhr früh.
Festzug durch die Stadt, nachmittags 1.30 Uhr. Abends 6 Uhr im „Gasthof zur grünen Tanne"

Großer Festball.

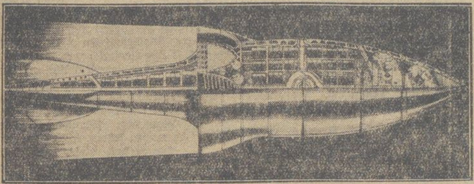
Festbeitrag: 0.50 und 0.30 Mark.
Hierzu ladet freundlichst ein. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 133. | Sonnabend, 9. Juni 1928. | 3. Jahrgang.

Der Flug durch den Weltenraum.



Valiers Raketenflugzeug-Projekt.

Am 17. Dezember 1903, dem Geburtstag unserer heutigen Flugzeuge haben die Brüder Wright nur ein Paar Meter Höhe und 260 Meter Länge erreicht. Heute sind wir bereits imstande, 10 000 Meter hoch zu fliegen, eine Stundengeschwindigkeit von 500 Kilometern zu entwickeln und einen No-Stop-Flug von 6000 Kilometern auszuführen.

Auf der Tagung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt in Danzig sprach Geheimrat Professor Lorenz über die Ausführbarkeit des Rakentenflugs in die Stratosphäre und über die Weltraumfahrt. Um Höhen von über 15 000 km zu erreichen (Stratosphäre), brauche man Geschwindigkeiten von weit über 1000 km in der Stunde. Diese seien allerdings durch Raketenabtrieb zu erzielen. Der Raketenantrieb erfordere jedoch Treibmittel, welchen den zur Verbrennung nötigen Sauerstoff schon enthalten; sie müssen deshalb für gleiche Leistungen viel schwerer ausfallen als die üblichen Brennöle. Man habe also beim Raketenflug mit einer so hohen Treibmittelbelastung zu rechnen, wodurch die Ausführbarkeit technisch und wirtschaftlich in Frage gestellt sei. Wegen der mit der Entfernung von der Erde steigenden Belastung des Flugzeugs durch die Treibmittel erklärte Lorenz auch mit dem zur Zeit verfügbaren Treibmitteln und Baustoffen die Weltraumfahrt für nicht ausführbar.

In der Diskussion setzten sich die Konstrukteure jedoch energisch für den Raketenflug ein. Anwesend war auch Valier, der Mitkonstrukteur der Opel'schen Rakete. Er legte u. a. dar, daß in den Opelschen Werkstätten Raketen konstruiert worden seien, die eine Ausstoßgeschwindigkeit von 2000 Metern in der Sekunde haben. Sander und er planen, noch in diesem Jahr den ersten Flug einer unbemannten Rakete bis zu 20 km Höhe durchzuführen.

Aus Oschersleben.

— (Die Gewerkschaftskartellsitzung) vom 4. Juni 1928. Die Lehrer F. Benner und G. Weitkuß geben ausführliche Aufklärungen über die Bedeutung der Elternbeiräte und forderten auf, daß alle Eltern am 24. Juni d. Js. ihre Wahlpflicht zur Elternbeiratswahl erfüllen. Unterstützt wurden die Ausführungen von den Kollegen Breßler, Zaretzke, Hof und Wegener. Kollege Herm. Leps berichtete, daß am Donnerstag, den 31. Mai in Halberstadt eine Sitzung vom ADGB. der Ortschaften Halberstadt, Oschersleben, Thale, Quedlinburg und Wernigerode-Ilsenburg stattgefunden hat, um den neuen Ueberwachungsausschuß zum Arbeitsamt „Nordharz" zu wählen. Unser Kartell hat einen aktiven Vertreter und einen Ersatzmann erhalten.

Aus Thale.

— (Gründung eines Bau- und Sparvereins.) Von den Vorständen des Mieterschutz-Vereins Thale und des neu gegründeten Spar- und Bauvereins Thale war für vergangenen Freitag abend eine gemeinsame öffentliche Versammlung einberufen worden. Als Redner des Abends hatte man unsern Genossen Landtagsabgeordneten Kasten-Schönebeck gewonnen. Er hielt vor stark besetztem Saale einen interessanten Vortrag über das Siedlungswesen. Gen. Kasten, der als langjähriger Leiter einer großen Baugenossenschaft mit der Materie bestens vertraut ist, behandelte die Frage des Wohnungsbaus in den letzten 20 Jahren. Genosse Kasten führte u. a. aus: Der Gedanke der Siedlung auf genossenschaftlicher Grundlage ist in Deutschland schon vor mehr als 20 Jahren aufgetaucht. Trotz großer Bekämpfung hat sich dieser Gedanke aber doch in die Tat umsetzen lassen, da man erkannte, daß die Bauspekulation in Deutschland ungesunde Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens insbesondere in den Großstädten gezeitigt hat. Aus diesem Grunde hat sich denn auch immer mehr das genossenschaftliche Wohnwesen durchgesetzt. In den meisten Großstädten haben bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot die bestehenden Mieterschutzvereine ihre Aufgaben nicht nur darin gesehen, Streitigkeiten aus Mietsverhältnissen zu schlichten, sondern man ist in diesen Organisationen dazu übergegangen, mit Unterstützung der öffentlichen Hand auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage den Hausbau durch Baugenossenschaften zu fördern. Weiter schilderte Gen. Kasten die Fortschritte, die besonders Wien auf dem Gebiete genossenschaftlicher Bauweise zu verzeichnen hat. Die Entwicklung im Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Grundlage, wie in Wien, hat Deutschland nicht durchgemacht, weil man sich hier nicht dazu verstehen konnte, ganze Häuserblocks mit 6 und mehr Geschossen zu bauen. Die Genossenschaften Deutschlands bauen 3 höchstens 4 geschossige Bauten und Einfamilienhäuser. Bei der heutigen Geldknappheit und dem hohen Zinsfuß könne der Wohnungsbau vom freien Unternehmertum garnicht mehr erfolgreich gefördert werden. Gen. Kasten betonte immer wieder, daß für den Wohnungsbau als Voraussetzung stets die Beschaffung billiger Gelder gegeben sein muß, die aber nur aus der Hauszinssteuer kommen können. Die im Jahre 1927 hergestellten 176 000 Wohnungen sind zu fast 90 Prozent aus dem Hauszinssteueraufkommen erbaut worden. Die Kulturhöhe eines Volkes wird bestimmt, wie dieses Volk wohnt. Am Schluß seiner Ausführungen ging Gen. Kasten auf Zweck und Ziele einer Baugenossenschaft näher ein und teilte Einzelheiten aus der Tätigkeit anderer Bau- und Sparvereine mit. Erbbaurecht, Heimstättenrecht und die Frage, ob Reihenhaus oder Einfamilienhaus waren ebenfalls Gegenstand des Referats. Er klärte auch die Versammelten darüber auf, wie eine solche Siedlung auf genossenschaftlicher Grundlage vor sich geht. Bei Vergebung der hergestellten Wohnungen findet, um keine Streitigkeiten unter den Genossenschaftlern entstehen zu lassen, durch den Bau- und Sparverein eine Verlosung statt. Mit einem „Glückauf" für den in Thale neugegründeten Bau- und Sparverein beendete Gen. Kasten seinen Vortrag. Der Versammlungsleiter Gen. Hampe dankte unserm Gen. Kasten und erteilte dem Gen. Stadtverordn. Oberländer als Vorstandsmitglied des neu gegründeten Bau- und Sparvereins das Wort, der dann noch die Statuten des Vereins bekanntgab. Als Gneossenschaftsanteil ist danach von jedem Mitglied ein Betrag von 300 ℳ zu entrichten. Dieser Betrag kann aber auch in Raten von 5—6 ℳ monatlich eingezahlt werden. Die Aufnahmegebühr in den Verein beträgt 5 ℳ. Im Anschluß an die Aufklärungen des Gen. Stadtverordn. Oberländer trat man in eine Aussprache ein, an der sich 3 Versammlungsbesucher beteiligten. Unser Gen. Kasten beantwortete im Schlußwort die gestellten Fragen in eingehender Weise. Darauf schloß Gen. Hampe mit einem Appell an die Wohnungssuchenden und diejenigen Mieter, die ihre Wohnung gern vertauschen möchten mit einer besseren gesunden Wohnung im Siedlungshause, alles daran zu setzen, den neu gegründeten Bau- und Sparverein Thale durch Beitritt in seinen Bestrebungen zu fördern. Mit einem „Gut Heim" ging die Versammlung auseinander.

Soziales.

50 Jahre „Meißner Zuschußkasse".

Schon lange, bevor in Deutschland die gesetzliche Krankenversicherung zur Einführung kam, bestanden Kranken- und Begräbniskassen. Es handelte sich dabei um die meist beruflich gegliederten Hilfskassen, die dem im Jahre 1876 herausgegebenen Hilfskassengesetz unterstanden. Als dann mit dem 1. Januar 1884 die reichsgesetzliche Krankenversicherung zur Einführung gelangte, wurden nach und nach die freien Hilfskassen der Arbeiterschaft überflüssig; sie stellten zum Teil ihre bisherige Tätigkeit ein und verfielen der Auflösung. Andere dieser Kassen paßten sich den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes an und blieben als Ersatzkassen bestehen, oder sie stellten sich um und wurden Krankengeldzuschußkassen. Aus dieser letzteren Kassenart sind die heute noch bestehenden großen zentralen Zuschußkassen hervorgegangen, die eine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangt haben.

Eine dieser großen deutschen Zuschußkassen ist die im Jahre 1878 begründete „Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands, Sitz Meißen in Sachsen", die auch im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung eine Anzahl Verwaltungsstellen besitzt und unter dem abgekürzten Namen „Meißner Zuschußkasse" ziemlich allgemein bekannt ist. Gegenwärtig zählt sie in gegen 700 Verwaltungsstellen, die sich über ganz Deutschland verbreiten, annähernd 70 000 Mitglieder. Ihr Betriebsvermögen war bis zum Schlusse des Jahres 1927 wieder auf rund 600 000 Mark angewachsen und während der Zeit vom 1. Januar 1924 bis mit Ablauf des Jahres 1927 hat sie insgesamt 4 647 302 Mark an Krankengeld an ihre Mitglieder zur Auszahlung gebracht. Bemerkenswert ist, daß die „Meißner Kasse" immer ihrer Tradition treu geblieben ist und es durch innige Fühlungnahme mit der Gesamtarbeiterbewegung verstanden hat, sich ihren ursprünglichen Charakter als Arbeiterkasse auf genossenschaftlicher Grundlage zu erhalten. Wir wünschen daher der „Meißner Kasse" anläßlich ihres 50jährigen Bestehens auch für die Zukunft eine gute Weiterentwicklung und gleichzeitig den Verhandlungen auf ihrer diesjährigen Generalversammlung in München besten Erfolg.

Die neuen Zusatzrenten-Bestimmungen.

In der mit Wirkung vom 1. April in Kraft getretenen neuen Fassung der Zusatzrentenbestimmungen ist vom Reichsarbeitsministerium angeordnet worden, daß die Zusatzrente nur dann gekürzt oder entzogen werden darf, wenn das Einkommen eines im Haushalt lebenden Kindes die Grenzen überschreitet, die für einen Kriegsbeschädigten selbst die Gewährung der Zusatzrente nicht mehr zulassen würden. Diese Grenzen betragen je nach der Ortsklasse 105 bis 120 Mark monatlich. Die Zusatzrente darf aber erst dann entzogen werden, wenn das über diese Beträge hinausgehende Einkommen die für die Beschädigten und Hinterbliebenen zum Abzug der Zusatzrente selbst vorgeschriebenen Einkommensgrenzen überschreitet. Demnach fällt die Zusatzrente fort, wenn ein Kind einer Kriegerwitwe ein Gesamteinkommen von 201 Mark in der Sonderklasse oder 176 Mark in der Klasse D hat. Diese Regelung ist besonders für ländliche Verhältnisse gegenüber der früheren Regelung eine Verbesserung. Es haben sich aber unter den Berufsverhältnissen in Städten und in Industriegebieten daraus doch Benachteiligungen deshalb ergeben, weil bei Anwendung dieser neuen Vorschrift die Zusatzrente von Kriegerwitwen gekürzt oder ganz entzogen wurde, obwohl nach den früheren Bestimmungen bei gleichen Einkommensverhältnissen die volle Zusatzrente zahlbar war. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr auf Vorstellung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten angeordnet, daß stets die günstigere Regelung anzuwenden ist. Zu Ungunsten des Versorgungsberechtigten darf also auf die frühere Regelung nicht zurückgegriffen werden. Witwen und Beschädigten, die vor dem 1. April Zusatz-Rente bezogen haben, ist diese in der alten Höhe weiter zu zahlen.

Eine wichtige Entscheidung für Schwerbeschädigte hat das Arbeitsgericht Siegen in einer Entschädigungsklage getroffen. Der Kläger war in einem Betrieb vor Jahren schwer verunglückt und wurde deshalb seit dem Jahre 1917 als Wiegemeister beschäftigt. Als der Betrieb zu Anfang dieses Jahres rationalisiert wurde, sollte der Kläger als Wächter zu einem geringeren Lohn und wesentlich anderen Arbeitsbedingungen weiter beschäftigt werden. Das Arbeitsgericht verurteilte jedoch die Firma zur Zahlung des Differenzbetrages zwischen dem früher gezahlten und dem jetzigen Lohn, weil die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Schwerbeschädigten nicht nur auf Schwerkriegsbeschädigte, sondern auch auf Schwerunfallverletzte Anwendung finden. — Eigentlich eine Selbstverständlichkeit! Warum sollen die Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit schlechter gestellt werden als die Kriegskrüppel?

Wirtschaftlicher Teil.

Zur Konjunktur.

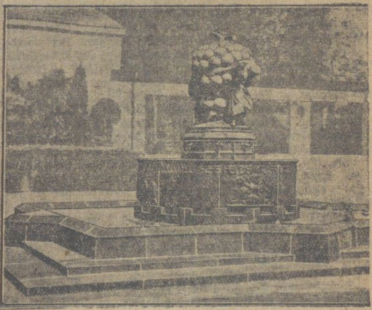
Der Konjunkturbericht des preußischen Handelsministeriums für den Monat Mai stellt eine „weitere Versteifung der Wirtschaftslage" fest. Kohlenförderung und Roheisenerzeugung erlitten einen Rückgang. Maschinenindustrie und Textilindustrie zeigen ein Nachlassen, während die chemische und elektrotechnische Industrie nach wie vor befriedigend arbeiten.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die Konjunkturberichte des preußischen Handelsministeriums allzu sehr auf den Berichten der Handelskammer aufbauen und sehr oft den gemachten Konjunkturpessimismus der Handelskammersyndici wiedergeben. Auch diesmal scheint uns das Konjunkturbild allzuschwarz gemalt. Im Widerspruch steht vor allem die in der Berichtszeit eingetretene Besse rung auf dem Arbeitsmarkt, wo ganz erhebliche Rückgänge sowohl bei den Hauptunterstützungsempfängern als auch bei den Krisenunterstützungsempfängern festzustellen sind.

Der deutsche Saatenstand hat sich unter Einfluß des feuchten Maiwetters weiter gebessert und wird von den meisten Fachleuten als durchaus günstig angesehen. Allerdings trennen uns noch von der Ernte zwei bis drei Monate; hält aber die günstige Entwicklung der Saaten an, so werden wir ohne Zweifel quantitativ und auch qualitativ mit einer Rekordernte zu rechnen haben.

Vermischtes.

Ein Weindenkmal in Koblenz.



Im Ehrenhof der Koblenzer Rheinhalle

ist dem Ruhm des edlen Rheinweines auch ein Denkmal gesetzt. Koblenz — inmitten der herrlichsten deutschen Weingegend — hat mit Recht der köstlichen Trauben gedacht.

Der Roman in Menschenhaut.

Grausiges ist stets und in allen Zeiten sensationell.

Der berühmte Astronom Camille Flammarion, der vor drei Jahren starb, besaß ein Buch, das die Aufschrift trug: „Fromme Erfüllung eines anonymen Wunsches. Einband aus Menschenhaut (Frau), 1882".

Eine seltsame Aufschrift, die die Phantasie beflügelt, die zu allen möglichen Kombinationen anregt. Wirklich wird denn auch eine sehr romantische Geschichte im Zusammenhang mit diesem Buch erzählt.

Im Jahre 1882 erkrankte eine bildschöne junge Gräfin schwer; der Fall war hoffnungslos. Die Kranke wußte um ihr Schicksal und trug ihrem Arzt ihre letzte Bitte vor, die zu erfüllen er ihr versprechen mußte. Sie gestand ihm, daß sie seit fünf Jahren von heißer Liebe für Camille Flammarion erfüllt sei, obwohl sie ihn nie gesehen oder gesprochen habe. Wenn sie jetzt aber sterben müsse, so wolle sie doch im Fleisch bei ihm bleiben; der Arzt sollte deshalb, sobald sie gestorben sei, die zarte Haut von ihren Schultern lösen und sie Flammarion senden, damit er sie als Einband eines seiner Bücher benutze. Doch mußte der Arzt versprechen, unter keiner Bedingung und auf keinen Fall ihren Namen zu verraten.

Am nachmittag des gleichen Tages starb die schöne, junge Gräfin, und der Arzt erfüllte sein Versprechen. Er löste ein Stück Haut, 30 zu 50 cm groß, von den Schultern und lieferte es persönlich in Flammarions Hause ab, indem er in einem Begleitschreiben den

Kleider und Mäntel kauft man preiswert und gut bei **Ihlefeldt & Kramer** G. m. b. H.

letzten Wunsch der ungenannten Verstorbenen darlegte. Flammarions Erstaunen war unbeschreiblich. Die Haut einer jungen, schönen Frau, deren Namen er nie erfahren würde, war ihm überbracht worden und verband ihn auf geheimnisvolle Weise mit einer Toten, die er im Leben nie gekannt Hier mochte ein reiches, warmes Herz für ihn geschlagen, eine tiefe, heiße Seele für ihn gefühlt haben Er ließ die Haut der geheimnisvollen Frau gerben und benutzte sie als Einband seines Buches „Terres du Ciel“.

Bis auf diesen Tag ist es Geheimnis geblieben, wer jene Frau war, die für einen Geliebten dieses seltsamste aller Testamente machte.

Wenn man von eigenartigen Büchern spricht, kann auch ein Buch, das sich jetzt im Britischen Museum in London befindet, nicht unerwähnt bleiben. Es ist dies das wahrscheinlich größte Buch der Welt, ein riesenhafter Atlas, der, aufgerichtet stehend, so groß ist, daß er einen Menschen überragt. Dieses merkwürdige Erzeugnis der Buchdruckerkunst ist schon sehr alt, denn es stammt aus der Zeit des englischen Königs Karls 2., als dieser sich nach dem Sturz seiner Monarchie in den Niederlanden aufhielt. Hier wurde ihm der ungeheure Atlas von Amsterdamer Kaufleuten zum Geschenk gemacht. Die darin enthaltenen Landkarten sind trotz ihres Alters noch überraschend gut erhalten und außerordentlich korrekt ausgeführt. Alle Inschriften und Texte sind in lateinischer Sprache abgefaßt.

Neben diesem Riesen unter den Büchern nimmt sich der Liliput besonders eigenartig aus. Er ist nicht länger als ein Daumennagel. Dieser winzige Band faßt dennoch 64 Seiten, die noch dazu illustriert sind. Es handelt sich um ein persisches Buch „Rubaiyat“ von Omar Khayyam.

In den Bibliotheken der Welt mag man noch manches einzigartige Buch finden, dessen Entstehungsgeschichte märchenhaft und reizvoll klingt. Diese drei aber dürften in gewisser Hinsicht den Gipfel darstellen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Magdeburg, 6. Juni. (Neue Verhaftungen zum Schönebecker Mord.) Am 19. Dezember 1919 wurde der Privatmann Friedrich Dauer in seinem Gartengrundstück, Mauerstraße 1, in Gr. Salze, jetzt Bad Salzelmen, durch Beilhiebe ermordet aufgefunden. Der Täter drang in die Wohnung ein, als der Ermordete bereits im Bett lag und seine Tochter das Haus verlassen hatte. Dauer wurde mit einer Axt erschlagen. Gestohlen wurde ein größerer Geldbetrag, bestehend aus Papier- und Hartgeld, hauptsächlich Silbergeld und einige Goldstücke, sowie verschiedene Schmuckstücke, und zwar: eine 42 Zentimeter lange dünne goldene Halskette mit ovalem etwas gewölbtem Anhänger, enthaltend das Bild eines etwa vierjährigen Mädchens, fünf goldene Ringe mit Steinen. Kurz nach dem Morde, wie auch im Jahre 1923, sind verschiedene Personen verdächtigt worden und es haben auch Festnahmen stattgefunden. Eine Aufklärung der ruchlosen Tat hat jedoch nicht stattfinden können. In den letzten Tagen sind wieder neue Verdachtsmomente aufgetaucht. Wegen dringenden Verdachts des Mordes des obenbezeichneten Dauer bzw. wegen Mittäterschaft sind folgende Personen festgenommen worden: Händler Gottlieb Melcher, Arbeiter Karl Schadly, Witwe Marie Zimmermann, Frau Luise Hartung u. Frau Bodenburg, geschiedene Lahne, geb. Schmidt.

Sport.

Fußball im Harzbezirk.

Der vergangene Seriensonntag brachte einige Ueberraschungen. Sportfreunde-Thale mußte gegen Teutonia-Oschersleben mit 3:1 die Segel streichen. Oschersleben, die mit einer stark verjüngten Mannschaft antreten mußten, waren mit dem größten Optimismus nach Thale gefahren. Doch erstens kommt es anders . . . Thale hatte einen schlechten Tag und spielte vollständig zerrissen. Der jugendliche Ersatz fügte sich dagegen gut in den Rahmen ein. Oschersleben konnte bis Halbzeit mit 2:0 führen: Nach der Pause kam Oschersleben durch Selbsttor eines Thalenser Spielers zum dritten Erfolg. Das Ehrentor für Thale fiel kurz vor Schluß.

Eintracht-Osterwieck hatte Burgund-Halberstadt zu Gaste. Man hatte den Halberstädtern nach ihrer knappen 3:4 Niederlage am Pfingstsonnabend gegen Weißenfels, wo Burgund wieder ziemlich die alten Leistungen von früher zeigte, mehr Aussichten zugesprochen. In der ersten Halbzeit wurde gleichmäßiges Spiel vorgeführt. Dann mußte Burgund jedoch dem Drängen der flinken und technisch etwas besseren Eintrachtmannschaft nachgeben und sich mit 5:0 geschlagen bekennen.

Untere Mannschaften: Eintracht-Osterwieck 2. gegen Vorwärts-Quedlinburg 1. 0:4; Teutonia-Oschersleben 2. gegen Sportfreunde-Thale 2. 1:8; Teutonia-Oschersleben 3. gegen Germania-Neinstedt 2. Mannsch. 1:2.

F.-C. Burgund 09. Burgund 1. gegen Vorwärts-Quedlinburg 1. heißt das Treffen am Sonnabend, den 9. Juni, abends 7 Uhr. Da Quedlinburg über gute Kräfte verfügt, ist ein interessanter Kampf zu erwarten. Die Burgunderelf spielt mit voller Besetzung. Um regen Besuch des Spieles bittet die Spielleitung. Die Spieler der 1. Elf haben sich 6¼ Uhr einzufinden. Auch die 2. Elf hat am Sonntag ein schweres Spiel auszutragen, und zwar spielt sie in Oschersleben gegen die dortigen Teutonen 2. Elf. Auf den Ausgang des Spieles darf man gespannt sein. Abfahrt 10.40 Uhr Hauptbahnhof. Wer noch einen Sweater der 1. Elf oder der 2. Elf besitzt, muß ihn bis spätestens Sonnabend an den Spielführer abgeben.

Sportverein „Concordia“-Nachterstedt 1. gegen Spielvereinigung Ref. Calbe-Saale 8:1. Die am Karfreitag in Calbe erlittene Niederlage konnte die 1. Elf des Sp.-V. Concordia wieder gut machen. Die Ref.-Elf der S.-V. Calbe kam für einen Sieg nicht in Frage. Der Torwart der Calbenser hielt trotz der hohen Niederlage sehr gut. Bei besseren Schußleistungen der Concordia-Stürmer konnte das Resultat zweistellig lauten. In der zweiten Halbzeit wurde die Spielvereinigung in ihre Spielhälfte gänzlich zurückgedrängt.

Sportverein „Concordia“-Nachterstedt. Am kommenden Sonntag, den 10. Juni 1928 feiert der Sportverein Concordia Nachterstedt sein 8. Stiftungsfest. Aus diesem Anlaß finden auf dem Sportplatz am Bahnhof sehr interessante Fußballwettspiele statt. Ab vorm. 10 Uhr finden Diplom- und Wimpel-Spiele statt, an denen alle Landvereine der näheren Umgebung teilnehmen. Das Hauptinteresse beansprucht das Pokalturnier, an dem neben der 1. Concordia-Elf sehr spielstarke Mannschaften teilnehmen werden, wie V. f. L. „Mars“-Quedlinburg. Sp.-V. Neundorf, Teutonia-Siersleben, Viktoria-Wernigerode und V. f. L. Alsleben. Das Endspiel werden wohl V. f. L. „Mars“ und Teutonia-Siersleben bestreiten. Der Sieger erhält einen wertvollen Silberpokal.

Germania 1900 1. gegen Sportfreunde Halle 1., das ist der Großkampf des Sonntages auf dem Germaniasportplatz (Schäfergasse). Wieder ist es einmal der F.-C. Germania, welcher seinen Anhängern für den kommenden Sonntag etwas ganz Besonderes bietet. Schon am kommenden Sonnabend wird das sportliche Programm durch ein Handballspiel von Germania 1. gegen Feuerwehrsportverein Magdeburg 1., welches um 19.15 Uhr stattfindet, eingeleitet. Am Sonntag vormittag hat ebenfalls die Jugend auswärtige Gegner zu Gaste. Um 13 Uhr spielt Germanias Reserve gegen Eisenbahn-Turn- und Sportverein Magdeburg 1. und wird in diesen Spiel einen sehr schweren Stand haben. 14.30 Uhr spielt anschließend die 1. Handballelf gegen S.-C. „Nordfront“-Magdeburg 1. M. Diesmal haben die Germanen ein weit schwereren Gegner zu Gaste, und werden mit abermals verstärkter Mannschaft auch hier ein gutes Ergebnis herausholen. Nach diesem Spiel treffen sich dann Germanias 1. und Sportfreunde Halle 1. Erst im letzten Spiel gegen Favorit-Halle konnte der Harzgaumeister ein verdientes Unentschieden erzielen, diesmal aber wird es der Meister sehr schwer haben, denn der mehrfache Saalegaumeister wird sicher den Germanen einen sehr erbitterten und hartnäckigen Kampf liefern. Das letzte Treffen zwischen beiden Gegnern fand vor 2 Jahren in Halle statt, wo es den Sportfreunden im Vorrundenspiel um die mitteldeutsche Fußballmeisterschaft gelang, die Halberstädter Germanen durch einen überraschenden und unverdient hohen 8:1 (1:1)-Sieg aus dem Rennen zu werfen. In den letzten Spielen konnten die Sportfreunde ihre hohe Form unter Beweis stellen, was auch nachstehende Resultate deutlich zeigen, gegen Spielvereinigung Leipzig in Leipzig 3:0 gew., gegen Merseburg 99 8:2 gew., gegen den Wartburggaumeister Preußen-Langensalza 3:1 gew., gegen Osterlandgaumeister „Wacker“-Gera 5:1 gew., gegen Ostthüringer Gau und Pokalmeister Sportklub Apolda 3:3. Das alles sind Resultate, welche auch hier in Halberstadt auf guten Sport schließen lassen. Die 3. Elf ist spielfrei.

Briefe an das Tageblatt.

Breif ut Nienban!

Liewer Krischan!

Endlich kom ick datau, dick mal te schrieben. Wegen de Wahl konne ick nich ehr taukomen, denn da gaf et immer vel Zeitungen tau lesen, un datt mott man in sauner Tiet, wie datt war, verfolgen. Am besten von de ganze Schrieberie hat mick et Halberstäder Tageblatt gefulln, un datt mett wei ok alle lesen. Un du un dinne Freunde mett datt ok bestelln, denn watt anderes hat for uns keinen Zweck. Nu wist du ok wetten, wie bie uns de Wahl utefulln is. Schlimme nauch, datte keine Zeitung 'ist, sonnst meisteste datt schon lange wetten. Liste 1 hat 201, Liste 2 56 Stimmen [illegible] wählt hatt 48 nich. De konne Liste 1 ok noch krien. Awer de daut et wegen unsen Herrn hier nich, der gift de Liee Kartuffelacker. Hei stellt ok en Platz ton Friescheiten, sonnst harre wei gar kein Friescheiten. Krischan, du wollst wetten, wenn unse Friescheiten is, datt is en Sendag ewwer 4 Wochen, da warste doch woll ok wedder tau komen. De Kommpashupens lieht noch, kümmt immer noch wecken tau. Wie et utsieht, is der lanke Wahn mit de klein Rad ok schon weder henne brocht. Manchmal stinkt et orndlich. Ick wett ok nich, op et en Dreckplatz is oder en Friescheitenplatz. Tau Friescheiten steht bie de Hupens wedder de Zischenkasten, un de Honigkaukenbude. Da vorgeiht ein de Appetit wedder. Un wo de vor Jahren mitten Faute drinne säten hast, in den ohlen Paulgraben, datt is ok noch sau. Du konnst, wenn ett sinn solle, versupen. Nor in Harwest, wenn de Gemeindewahlen sind, un se wählt ok sau wie dittmal, denn kömmt et vielleicht anders, denn jede Gemeinde mott en Platz stellen, da gift et en Gesetze drewwer. Krischan, datt is erstemal naug. Nu bestelle et Halberstädter Tageblatt, un dinne Freunde ok, und denn handeln dana. Ick schriebe dick balle mal wedder.

Ick verbliebe dien **Halvbrauder.**

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Republikanischer Tag in Wehrstedt.

Kameraden! Die Wahlschlacht ist zu Gunsten der Republik geschlagen. Das darf aber nicht dazu führen, auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Wahlkämpfe im Herbst sollen beweisen, daß der Erfolg im Mai nicht nur eine Einzelerscheinung war. Die besten Vorbereitungen dazu sind die republikanischen Tage. Unsere Ortsgruppe hat es sich immer angedeihen lassen, den republikanischen Gedanken verwirklichen zu helfen. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß auch in unserm Orte noch genug zu tun ist. Hat doch der Bürgerblock in unserm Dorfparlament es fertig gebracht, 50 M zur Ausgestaltung der Verfassungsfeier zu verweigern. Es soll deshalb bewiesen werden, daß auch ohne diese Hilfe die Republik vorwärts kommt. Diesem Gedanken soll unser Republikanertag dienen, welcher am 21. und 22. Juli stattfinden soll. Hierzu laden wir herzlichst ein. Der Tag soll zeigen, daß Stadt und Land ein sind in dem Gedanken, die vielgeschmähte Republik zu schützen. In alter bewährter republikanischer Kameradschaft wollen wir uns zusammenfinden. Wie wir selbst bisher den Geist der Kameradschaft hochgehalten haben, hoffen wir ein Gleiches auch von den [illegible] Ortsgruppen erwarten zu können, und rechnen mit zahlreicher Beteiligung. Bis 1. Juli d. Js. wird um Mitteilung der [illegible] gebeten, die an unserm Fest teilnehmen wollen.

Mit kameradschaftlichem Willkommensgruß zum Treffen in Wehrstedt und Bundesgruß.

Frei Heil!

Der Vorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.
(Ortsgruppe Wehrstedt.)

Diesbezügliche Zuschriften sind an den Vorsitzenden, Kameraden Wilhelm Wilkerling, Bismarckstraße 9, zu richten.

Kreisfest Oschersleben.

Am Sonntag, den 10. Juni, findet das Kreisfest in Oschersleben statt. Es handelt sich um die erste größere Veranstaltung nach den Wahlen. Wir fordern alle in Frage kommenden Ortsvereine auf, diese Kreisveranstaltung zu unterstützen, damit sie eine machtvolle Demonstration für die Sache der Republik wird.

Frei Heil!

Der Gauvorstand. J. A.: Ernst Wille.

Kreisfest.

Am 23. und 24. Juni findet in Quedlinburg das große Kreisfest statt. Die Ortsgruppe hat alle Vorbereitungen getroffen zu einer großen Demonstration und zu einem fröhlichen Fest. Die Ortsgruppen des Kreises werden ihren Stolz daransetzen, stark anzutreten. Die benachbarten Kreise, besonders Halberstadt und Ballenstedt werden um Unterstützung gebeten. Alle Republikaner sind freundlichst eingeladen. Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf! Frei Heil!

Der Kreisleiter.

Halberstadt. Am Freitag, 8. Juni, abends 8 Uhr, findet beim Kameraden Otto Bollmann eine Vorstands- und Bezirksführersitzung statt.

Halberstadt. Am Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, treffen sich die Kameradschaftsführer des 8. Bezirks beim Kameraden Karl Hörnig. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Sitzung muß jeder Kameradschaftsführer oder dessen Stellvertreter anwesend sein.

Halberstadt. Am Sonntag, den 10. Juni beteiligt sich die hiesige Ortsgruppe an dem Kreisfest in Oschersleben. Zeit und Ort des Antretens wird noch bekannt gegeben.

Halberstadt. 2. Abtlg. 4., 5. und 6. Bezirk. Die Kameraden der 2. Abteilung werden gebeten, sich für Sonnabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr freizuhalten.

Halberstadt. Jungbanner! Laut einstimmigem Beschluß der letzten Versammlung findet am kommenden Sonnabend die festgesetzte Tour statt. Wir treffen uns Sonnabend abend 9 Uhr auf dem Holzmarkt. Abfahrt vom Hauptbahnhof 9.54 Uhr nach Thale. Jeder hat Decke, Zeltbahn und Verpflegung für einen Tag mitzubringen (Rucksack). Das Fahrgeld beträgt für Hin- und Rückfahrt 1.30 Mk. und ist bei Fritz Wagenführ, Blücherstraße 5, H. Maier, Lichtwerstraße 20, Fritz Kröber, Südstraße 5 und Gustav Kramer, Judenstraße 15, bis Freitag 20 Uhr abzuliefern. Kameraden! Es ist in diesem Jahre unsere erste Harzwanderung. Wir erwarten deshalb, daß sich alles daran beteiligt

Wehrstedt. Die gesamte Ortsgruppe fährt laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung am Sonntag früh nach Oschersleben zur Beteiligung am Kreisfest. Antreten 6.30 Uhr am Konsum, 6.45 Uhr Abmarsch zum Bahnhof. Kameraden, welche per Rad nach dort wollen, fahren 6 Uhr vom Konsum ab. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. --

Wernigerode. Vorstands- und Führersitzung Freitag, abends 8 Uhr, im Monopol. Alles pünktlich zur Stelle.

Wegeleben. Sämtliche Kameraden, die am Sonntag nach Oschersleben fahren, treffen sich um 7 Uhr bei Gastwirt Eckler.

Schwanebeck. Unser Kreisfest findet am 9. und 10. Juni 1928 in Oschersleben (Sammelpunkt Stadtpark) statt. Die hiesigen Kameraden fahren per Rad Sonntag, punkt 12 Uhr mittags vom Vereinslokal (Uppenkamp) ab. Teilnehmer zu Fuß wollen sich zu dem Zug 11.15 Uhr ab Crottorf einrichten, um rechtzeitig zum Umzug einzutreffen.

Dardesheim. Der Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Dardesheim, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Dardesheim und dem Landarbeiter-Verband, Zahlstelle Dardesheim, sowie allen Freunden, Bekannten und Verwandten spreche ich für die Aufmerksamkeit am Silberhochzeitstage meinen herzlichsten Dank aus. Gustav Schlüter und Gemahlin.

Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. Heute abend 18—20 Uhr Sporten, anschließend Spaziergang. Zum **Bezirks-Mädeltag** in Magdeburg fahren wir nach Möglichkeit schon am Sonnabend auf Sonntagskarte. Alle anderen fahren Sonntag früh 5 Uhr. Radfahrer ist bekannt.

Thale a. H. Am Freitag Hauptprobe zum Sprechchor. Vorher Spiel und Sport. Alles muß unbedingt erscheinen. Sonnabend beteiligen wir uns am Werbeabend des Sportkartells. Wir bringen Rezitationen und den Sprechchor „Hans Jörg“. Sonntag beteiligen wir uns am Reichsarbeiter-Sporttag. Zum Umzuge müssen ebenfalls alle erscheinen.

Rundfunk-Programme
der hauptsächlichsten deutschen Sender. — —

Sonnabend, den 9. Juni.

Berlin. 20,30 „Der letzte Rausch“, Kom. Oper von Gluck. Danach „Im Sonnenschein“ (Musik, Gesang).

Königswusterhausen (Zeesen). Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20,15 „Bunter musikalischer Abend“, 22,15 „Kabarettabend“.

Hamburg. 20 „Frankfurter Abend“. Dann Kabarett.

Langenberg. 20,15 (Dortmund). Lustiger Abend. Dann bis 1 Uhr Nachtmusik und Tanz von Köln.

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, K Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte Hamburg.

Voraussichtliche Witterung bis Sonnabend abend:

Starker Barometerfall über der Nordsee und dem nördlichen Europa hat den hohen Luftdruck am Polarkreis ganz erheblich geschwächt und zwischen ihm und Mitteleuropa ein Tiefdruckgebiet geführt, das unseren Bezirk völlig von den Strömungen aus der Polarzone abschneidet. Die Witterungsepoche mit kaltem Wetter, die in der letzten Zeit bestand, hat damit ihr Ende erreicht, und Mitteleuropa hat wieder Anschluß an Luftströmungen gewonnen, die aus südlichen Breiten des Nordatlantiks stammen. Hiermit ist eine Witterungsperiode verbunden, die bei zwar nicht schönen, aber doch annähernd normalen Temperaturen mehrfach Niederschlagsgebiete über Mitteleuropa hinwegführen wird und zwischendurch immer Zeiten des Aufklarens herbeiführt. In solchen Witterungsperioden tritt gewöhnlich ziemlich große Gewitterneigung auf.

Aussichten: Wolkiges, vorübergehend aber auch aufheiterndes Wetter, Vorüberzug einzelner Regengebiete und Gewitterneigung, mild.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619192806 09-18/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Meltenburg, für den übrigen Teil Richard Matthews, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Haftung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 133. Sonnabend, 9. Juni 1928. 3. Jahrgang.

Noch alles in der Schwebe.

Hindenburg soll die Deutschnationalen wieder retten.

Die Meldungen verschiedener Blätter, daß die Fühlungnahme zwischen den Parteien einer künftigen Regierungskoalition weit fortgeschritten und über wesentliche Punkte eine Einigung bereits erzielt worden ist, entsprechen, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Verhandlungen irgendwelcher Art haben bisher noch nicht stattgefunden. Sie stehen erst bevor.

Die Behauptung, daß der Parteiausschuß der Sozialdemokratie nur so reibungslos verlaufen wäre, weil es in eifrigen Vorverhandlungen gelungen sei, gewisse persönliche Meinungsverschiedenheiten auszuschalten, ist ebenfalls frei erfunden. Derartige Verhandlungen haben niemals stattgefunden.

Im übrigen hat der eindeutige Anspruch der Sozialdemokratie auf die Führung der Reichsregierung, auf die Deutschnationale Partei einen geradezu

niederschmetternden Eindruck

gemacht. Diese Partei sieht mehr und mehr ihre Felle fortschwimmen. Sie erkennt mit Recht, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung für sie nichts anderes bedeutet, als den Verlust von weiterem machtpolitischen Terrain. In dieser Situation

soll wieder der Reichspräsident helfen.

Noch ehe er den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen hat, beginnt die deutschnationale Presse mit einer Hetze, deren Zweck darauf hinausläuft,

eine Kluft zwischen dem Reichspräsidenten und der Sozialdemokratie

zu schaffen. Man erhofft auf diese Art für die Zukunft schwere Konflikte und als Folge den so sehnsüchtig erwarteten Kladderadatsch.

Die Sozialdemokratische Partei hat dem Reichspräsidenten im Gegensatz zu den Deutschnationalen immer sachlich und objektiv gegenübergestanden. Sie sieht in ihm den Repräsentanten des Reiches, dem Achtung und Ehre gebührt. Das war bisher so und wird so bleiben.

Von dem Reichspräsidenten ist zu erwarten, daß er nach wie vor in vollster Objektivität seines Amtes waltet. Insofern dürfte auch die neueste deutschnationale Hetze ihren Zweck verfehlen.

Breitscheid in Paris.

Seine angebliche Ansicht über die neue Regierungskoalition.

Paris, 8. Juni. (Eig. Funkmeld.) Das „Oeuvre" veröffentlicht heute ein Interview mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheidt, der sich seit einigen Tagen in Paris aufhält und der auch bereits eine Besprechung mit Poincare und Briand gehabt haben soll. Breitscheidt äußerte sich danach zuversichtlich über das Zustandekommen der großen Koalition. Als die wichtigsten Programmpunkte der neuen Reichsregierung bezeichnete Breitscheidt die strikte Anwendung des Achtstundentages, den Ausbau des Arbeiterschutzes, die Reform des Strafgesetzbuches und die Abschaffung der Todesstrafe, die Herabsetzung der Zolltarife und die Beschränkung der Ausgaben für die Reichswehr. Selbstverständlich werde die Locarnopolitik unverändert fortgesetzt werden. Aber auch mit Rußland werde man durchaus korrekte Beziehungen pflegen. Breitscheidt versicherte dann weiter, daß die Sozialdemokratie im neuen Kabinett mit 5 Ministern vertreten sein werde, darunter den Reichskanzler Müller, Innenminister Severing und Finanzminister Hilferding. Von den alten Ministern werden voraussichtlich Stresemann im Auswärtigen Amt, Curtius im Reichswirtschaftsministerium und General Groener im Reichswehrministerium beibehalten werden.

*

Wir möchten annehmen, daß die Aeußerungen Breitscheidts über kommende Dinge von dem französischen Blatte kaum richtig wiedergegeben sind. Die personellen Fragen sind überhaupt noch nicht gelöst. Dann ist die große Koalition durchaus noch nicht sicher. Und drittens ist kaum anzunehmen, daß eine eventuelle große Koalition sich all die Forderungen unserer Partei ohne weiteres zu eigen macht. Breitscheidt wird wohl gesagt haben, daß unter den obigen Bedingungen die Sozialdemokratie wahrscheinlich in die große Koalition eintreten würde.

Poincares Regierungsprogramm.

Die Eröffnung des französischen Parlaments.

Paris, 7. Juni. (Eig. Drahtb.)

Die 14. Legislaturperiode der französischen Kammer nahm am Donnerstag mit der Verlesung der Regierungserklärung in Senat und Kammer ihren Anfang. Im Senat verlas der Justizminister Barthou die Erklärung, in der Kammer

Ministerpräsident Poincare.

Die Erklärung trägt in ihrer Gesamtheit einen ausgesprochenen nüchternen und sachlichen Charakter, indessen läßt sie an Deutlichkeit bezüglich der allgemeinen Vorstellungen Poincares wenig zu deuten übrig. Die Regierung denkt nicht daran, wirklich tiefgreifende Reformen vorzunehmen: sie beabsichtigt nur Verbesserungen im einzelnen.

Poincare hielt es für nötig, gleich am Anfang sein Verlangen nach geregelter Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung vorzubringen. Er wünscht, daß ihm die Kammer getreulich Folge leistet. Die einzelnen Abschnitte seiner Erklärung sind fast sämtlich von diesem autoritären Geiste erfüllt. Inbezug auf die Behandlung der Beamtenfrage bemerkte Poincare, es sei unzulässig, daß Beamte, die dem Staate gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen hätten, streiken oder auch nur durch ungeordnete Manifestationen ihre Stellung kompromittieren. Die mit Spannung erwarteten

Ausführungen über die Währungsfrage

enthielten zunächst einmal eine Mahnung an die Kammer, das Budget zu bewilligen und nicht sein Gleichgewicht zu zerstören. Wenn der Ministerpräsident von der baldigen unerschütterlichen Gesundheit sprach, die der französischen Währung zurückgegeben werden solle, so geschah dies in der beliebten Weise seiner Anwendung der Sanierung als Lockmittel. Erst sagte Poincare, er werde stabilisieren, wenn er eine ihm ergebene Mehrheit habe, dann erklärte er ungefähr, er werde stabilisieren, wenn die Kammer das Budget nach Wunsch der Regierung erledigt habe.

Die Reformen,

die von der Regierung ins Auge gefaßt worden sind, bewegen sich auf steuerpolitischen und „sozialen" Gebieten. Das Steuersystem soll elastischer gestaltet und den Bedürfnissen des Einzelnen mehr angepaßt werden. Die Regierung will bei dem Ausbau des neuen Zolltarifs und der in seiner Folge noch mit fremden Mächten sich anschließenden Zollabkommen stets die Interessen des französischen Außenhandels fördern. Sie will nach Kräften an der Hebung der französischen Produktion arbeiten. Was endlich die „sozialen Reformen" anbetrifft, so versteht die Regierung darunter, abgesehen von dem Gesetze über die Sozialversicherungen, dessen Vollendung nun endlich der neuen Kammer obliegen soll, vor allem die Beseitigung der Wohnungsnot sowie umfassende hygienische Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose usw.

Die außenpolitischen Ausführungen der Regierungserklärung enthalten ein allgemeines

Bekenntnis zum Frieden und zur Annäherung der Völker,

die angesichts der die Menschen einander näher bringenden Fortschritte der Technik notwendig sei, ohne das die Existenz der einzelnen Länder deswegen zu verneinen wäre. Die deutsch-französischen Beziehungen werden im besonderen nicht berührt.

traurig, wie ein trüber Novembertag."

Im Lager der Rechten aber scheint man schon Morgenluft zu wittern und deshalb versucht das „Echo de Paris", den Ministerpräsidenten ganz für die Reaktion einzufangen. Die Kammer, noch unentschieden und schwankend, habe sich gestern in Poincare wiedergefunden. Poincare habe nur erscheinen zu brauchen. Er habe nur sich selbst zu wiederholen brauchen, um den vollen Beifall einer großen Mehrheit zu erhalten.

Heute Preußenparlament.

Es bleibt beim alten Kurs.

Am heutigen Freitag nachmittag um 4 Uhr tritt als erstes das am 20. Mai neugewählte Parlament, der Preußische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tagung wird von dem 83jährigen Abg. Posadowski als Alterspräsident eröffnet werden. Anschließend erfolgt die Wahl des Landtagspräsidenten, der von der Sozialdemokratie als der stärksten Fraktion des Preußischen Landtages gestellt werden wird. Die Entscheidung über den Kandidaten der Sozialdemokratischen Fraktion fällt am Freitag vormittag in einer Fraktionssitzung. Nach der Wahl des Landtagspräsidenten vertagt sich das Plenum auf Sonnabend.

Am Sonnabend wird sich die preußische Regierung mit einer kurzen Erklärung dem Landtag vorstellen. Das Kabinett ist einstimmig der Auffassung, daß nach dem vorliegenden Wahlergebnis ein Anlaß zum Rücktritt nicht vorliegt.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, aus welchem Grunde die preußische Staatsregierung den Landtag so rasch berufen hat: Das preußische Kabinett hat beschlossen, unverändert, wie es vor den Wahlen bestand, vor den Landtag zu treten und ihm die Erklärung abzugeben, daß die preußische Politik die alte bleibt, und daß sie ihr Ziel weiter wie bisher in der Stärkung und Festigung der Republik, in der Demokratisierung der Verwaltung erblickt. Der Preußische Landtag kann dieses Programm billigen oder verwerfen Stimmt er ihm zu — und daran ist kein Zweifel, denn die drei Weimarer Parteien haben jetzt 228 Sitze statt 222 im alten Landtag, die neuen Parteien der Opposition von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten hingegen 221 statt 226 Sitze im alten Landtag — dann bleibt das Kabinett Braun im Amt. Würde der neugewählte Landtag sich gegen die bisherige Politik wenden, so würde damit selbstverständlich auch die Regierung Braun stürzen.

Dem Wahlkampf um Preußen lag die klare Frage zugrunde: Soll das Kabinett Braun—Grzesinski weiter regieren oder nicht? Die Wähler haben diese Frage bejaht, und es hieße dem Volkswillen geradezu ins Gesicht schlagen, wenn die Preußenregierung jetzt zurücktreten wollte. Die geschlagene Reichsregierung muß demissionieren, ehe der neue Reichstag zusammenkommt; die siegreiche Preußenregierung muß bleiben, wenn der neue Landtag in Erscheinung tritt. Diese Regeln entsprechen beide in gleichem Maße den Gesetzen der Demokratie, der Vernunft, der Logik.

Die Hoffnungen der Volkspartei auf Preußen sind also zunächst nicht angebracht. Vor 3½ Jahren, Anfang 1925, ist sie ohne jede Not aus der damaligen Preußenregierung der Großen Koalition ausgesprungen. 3½ Jahre lang hat sie dann gelobt und geschrien nach der rein bürgerlichen Regierung, nach der Regierungsteilnahme der Deutschnationalen, nach dem Ausschluß der Marxisten aus Preußens Staatsgewalt. Jetzt auf einmal befiehlt die Deutsche Volkspartei Wiederherstellung der Großen Koalition, und jetzt soll wiederum ohne jede Not die preußische Regierung parieren. Komisch, wie sich die Deutsche Volkspartei überschätzt, wenn sie noch immer glaubt, daß ihr Wille in Preußen das höchste Gesetz sein müsse.

Man kann es fast nur als schlechten Scherz betrachten, daß die Volkspartei immer, wenn es in Preußen nicht nach ihrem Kopf geht, über Verfassungsverletzungen klagt. Augenblicklich soll die preußische Verfassung durch die überstürzte Einberufung des Landtags verletzt worden sein, weil die Erklärungsfrist über die Annahme oder Ablehnung der Wahl durch die einzelnen Abgeordneten noch nicht abgelaufen sei. Die Volkspartei hat deshalb bei der preußischen Staatsregierung gegen die „verfassungswidrig frühe Einberufung des Landtages" telegraphisch und brieflich protestiert. Dabei haben sämtliche gewählten Volksparteiler längst ihr Mandat angenommen und sich die Freifahrtkarte zustellen lassen. Von 449 gewählten Abgeordneten liegen bis jetzt nur von vier Abgeordneten keine Erklärungen vor. Darunter befinden sich zwei Kommunisten, die unauffindbar sind und denen der Landeswahlleiter die Aufforderung zur Annahme der Wahl garnicht zustellen kann. Wenn man also warten sollte, bis auch ihnen die Anfrage über Annahme oder Ablehnung der Wahl überreicht und ihre achttägige Erklärungsfrist abgelaufen ist, könnte der neugewählte Preußische Landtag am Ende in diesem Jahr überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Das die preußische Staatsregierung auf solche juristischen Mätzchen nicht hereinfällt, könnte auch die Deutsche Volkspartei in Preußen unter der genialen Führen der Herren Dr. v. Campe, Dr. Stendel und Heidenreich allmählich begriffen haben.

Es bleibt also dabei, daß der Preußische Landtag am Sonnabend eine Erklärung der preußischen Staatsregierung entgegennimmt. So ist das alte preußische Kabinett bzw. der alte preußische politische Kurs bestärkt und bestätigt, wenn im Reich die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beginnen. Das ist u. a. auch der Stein des Anstoßes für gewisse Kreise im Zentrum und der Demokraten, die vor Schnlucht nach der Deutschen Volkspartei fast vergehen. Die Sozialdemokratie kann diesem Spiel ruhig zusehen. Wir haben im Kabinett Braun nur zwei sozialdemokratische gegen 6 bürgerliche Minister, während wir zur Mehrheit der Weimarer Koalition allein drei Fünftel der Stimmen stellen. Wenn daher gewisse Demokraten und Zentrumspolitiker Sehnsucht nach der großen Koalition haben, so werden sie damit im Ernstfall lediglich die drei demokratischen und drei Zentrumsminister umbringen; denn im gegebenen Falle wird die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Stärke die notwendigen Forderungen stellen. Die Fraktionsführer des Zentrums und der Demokraten sind darüber unterrichtet. Ihre Fraktionen dürften deshalb genau wie die Minister dieser Parteien dafür eintreten, daß der klar ausgesprochene Volkswillen vollstreckt und die bisherige Regierung unverändert im Amt gelassen wird, bis etwa neue politische Tatsachen sich ergeben. Niemand hält irgend eine bestimmte Form der Koalition für ein ewig unantastbares Heiligtum. Niemand will

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280609-18/fragment/page=0011